

# Rießener Engeblatt

Drahtanzicht: Tageblatt Seite  
Seitenf. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfach 1000: Dresden 15  
Girokarte 81189 Str. 52.

M 9

Wittlich 3 Januar 1923 abends

— 10 —

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetermines sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 2 mm hohe Grundfläche (6 Seiten) 60.— Mark; zeitungsbinder und tabellarischer Satz 50.— Aufschlag. Nachstellungs- und Vermittlungsgebühr 10.— Mark. Reise Tarife. Beauftragter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingesogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturschrift gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Gärtner an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Всевозможные

(Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Behörden ausschneiden.)

**Änderung der Vorlesungen über die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes.**  
Der Reichstag hat die nachfolgenden Änderungen der auf die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes bezüglichen Vorlesungen des Einkommensteuergesetzes beschlossen.

§ 46 Abs. 2 und § 50 Abs. 2 erhalten mit Wirkung vom 1. Januar 1923  
die folgende Fassung:

- § 46 Abs. 2.** „Der Beitrag von 10 v. H. des Arbeitslohns ermöglikt füllt

  1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung gehörende Ehefrau
    - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um je 200 M. monatlich,
    - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um je 48 M. wöchentlich,
    - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 8 M. täglich,
    - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für längere Zeiträume um je 2 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden;
  2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen gehörende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abs. 2
    - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 1000 M. monatlich,
    - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 240 M. wöchentlich,
    - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 40 M. täglich,
    - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für längere Zeiträume um 10 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.
  3. Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet;
    - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 1000 M. monatlich,
    - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 240 M. wöchentlich,
    - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 40 M. täglich,
    - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für längere Zeiträume um 10 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge auszutragen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm auftreibenden Umlage im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 dem

## **Vertliches und Sichliches**

Minutes and Stamp  
Filed June 2, 1923.

Miesa, den 8. Januar 1923.

—**H a n d w e r k s - G e s e l l e n p r ü f u n g.** Im Hinblick auf die großen Vorteile, die das Bestehen der Gesellenprüfung bietet, wird den Eltern und Ver minder von Handwerkslehrlingen dringend empfohlen, legtere zur Ablegung dieser Prüfung anzuhalten. Auch die Lehrherren und Innungen werden darauf hingewiesen, daß ihnen gelegentlich die gleiche Wollticht gegen ihre anslernden Lehrlinge obliegt. Die Lehrlinge, deren Lehrherren einer Innung angehören, haben ihre Gesellenprüfung in der Regel vor dem Prüfungsausschuß dieser Innung abzulegen. Die anderen Lehrlinge haben ein selbstverschafftes und eigenhändig geschriebenes Gesuch um Zulassung zur Gesellenprüfung bei der zuständigen Gewerbe kammer (im Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden bei der Gewerbe kammer Dresden) einzureichen. Diesem Gesuch sind beizufügen 1. ein vom Lehrling ebenfalls selbstverschaffter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf; 2. das Lehrzeugnis bzw. eine Lehrbescheinigung; 3. die Farb.- bzw. Fortbildungsschulzeugnisse; 4. die Prüfungsgebühr (im allgemeinen 2000 M.). Prüflinge aus nicht zur Gewerbe kammer beitragspflichtigen Betrieben haben 3000 M. zu zahlen; 5. Vorwände für das Gesellenstück nedst der Justierungserklärung des Lehrherren. Zur Prüfung für nächste Ostern sind die Zulassungs gesuche nebst Unterlagen bis spätestens zum 9. Januar 1923 einzureichen.

— Die sächsische Eisenbahnlinie Bittau-Melchendorf hat es jetzt den Tschechen angetan. Die Linie steht bekanntlich unter reichsdeutscher Verwaltung. Die Angestellten sind durchweg Sachsen. Dies findet die „Narodni Demokraci“ empörend und verlangt, daß hier gründlicher Wandel geschaffen werde. Dazu schreibt ein tschechischer Arbeiter aus Reichendorf dem „Rude Bravo“: Ich will noch einen großen Skandal auf jener sächsischen Strecke erwähnen... Das ist, daß auf dieser Bahn, wie auf allen reichsdeutschen Bahnen überhaupt, eine mußerbaute Reinlichkeit herrscht, die Wagen geradezu glänzen und die Beleuchtung schimmert, und zwar auch in der 4. Klasse. Wer aus Bittau kommt und auf tschechoslowakische Strecke übersteigt, z. B. nach Gablonz, muß glauben, daß er aus Europa nach Asien kommt: Schmutz und Unkehrs in den Wagen und eine Fahrt in der Schnelligkeit eines laufenden Jungen. Es macht den Eindruck, als ob das die verfluchten Deutschen unserer Feueren, geliebten Republik geflissenstlich antun würden, um deren reisende Bürger gegen den Staat aufzuhetzen. Und das verlangt ebenfalls Wandel. Es wird nicht anders gehen, als die Verwaltung der sächsischen Bahn zur Einführung von Schmutz und Unkehrs in den Eisenbahnwagen zu zwingen. Hoffentlich haben wir die Macht dazu. Wozu haben wir übrigens den Krieg gewonnen und sie ihn verloren? — Ein Kommentar zu dieser fein-ironischen Abfuhr ist überflüssig!

— Die fachlichen Anträge zur Gewerbs-  
losenunterstützung. Die Nachrichtenstelle der Staats-  
kanzlei teilt mit: Nach einer in der Presse verbreiteten  
Weidung sollten die vom Reichsarbeitsministerium und dem  
Reichstag bewilligten Erhöhungen der Gewerbslosenunter-  
stützung im wesentlichen den fachlichen Anträgen entsprechen.  
Das ist ungutstellend, die bewilligten Sätze bleiben erheblich  
hinter den von Sachsen beantragten Summen zurück. Nach  
den Anträgen Sachsen sollten z. B. männliche Personen  
über 21 Jahre, die nicht im Haushalt eines anderen leben,  
es nach der Ortskasse 420 Mark, 406 Mark, 395 Mark.

Hauptiger Reiseort (amtlich): 5506 Mainz

880 Mark erhalten, für weibliche Versionen gleichen Alters sollten die entsprechenden Sätze lauten: 330 Mark, 320 Mark, 310 Mark, 300 Mark. Bewilligt worden sind aber nur für männliche Personen 380 Mark, 325 Mark, 290 Mark, 225 Mark, für weibliche 275 Mark, 250 Mark, 225 Mark, 200 Mark. Schon in Ortsklasse A sind die Sätze für Erwerbslose über 21 Jahre um ein Geschtel bis ein Siebentel niedriger als die lächlichen Anträge, für jugendliche Erwerbslose sogar um ein Viertel. In den übrigen Ortsklassen sind die Abstriche noch höher, weil der lächliche Antrag, nicht mehr als 10 bis 15 Mark Spannung in den Sätzen der Ortsklassen zu lassen, abgelehnt und fast durchgehend die jetzige, schon zu hohe Spannung in den Ortsklassen bei nahe verdreifacht worden ist. Außerdem tritt die Erhöhung nicht, wie Sachsen beantragt hatte, am 4. Dezember, sondern erst am 25. Dezember 1922 in Kraft.

— Geschäftsbereinfachung in der ländlichen Verwaltung. Die Nachreichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Unlänglich der Ernennung eines Sparkommissars im Finanzministerium erschene in einem Teile der Preisse Beträchtungen, die den Anschein erweisen konnten, als sei nunmehr erst mit der Einrichtung der systematischen Geschäftsvereinfachung begonnen worden. Wie schon Ministerpräsident Busch in der Landtagssitzung vom 14. Dezember 22 dargelegt hat, ist diese Auffassung irrig. Schon im Januar 1921 hatte das Ministerium des Innern für keinen gesamten Geschäftsbereich einen Beamten als Kommissar für Geschäftsvereinfachung eingesetzt, der auf Verbesserung, Vereinfachung und Verbilligung der Geschäfte beim Ministerium selbst und bei allen ihm nachgeordneten Behörden hinzuhilfen berufen war. Sein Tätigkeitsbereich wurde dann noch auf die zwei anderen Ministerien der inneren Verwaltung, d. h. das Arbeits- und das Wirtschaftsministerium, ausgedehnt. Das Gesamtministerium erkannte nun die Zweckmäßigkeit besonderer Vereinfachungs- und Stattmahnnahmen auch innerhalb der übrigen Kessels der Staatsverwaltung, und es ordnete deshalb an, daß für den Geschäftsbereich eines jeden Ministeriums ein, oder wo die Notwendigkeit vorliegt, mehrere Beamte beauftragt werden sollten, mit ähnlicher Wirtschaftlichkeit und Sparfamkeit innerhalb ihres Geschäftsbereiches die besondere Aufmerksamkeit dauernd zu widmen. Um eine gewisse Einheitlichkeit der Stattmahnnahmen innerhalb der gesamten Staatsverwaltung zu erzielen, wurde weiter vorgeschrieben, daß diese Beamten zur gegenwärtigen Anregung gemeinsame Befehlungen unter Führung des für das Ministerium des Innern bestellten Sparkommissars und unter Zugriff eines Vertreters des Staatsrechnungshofes abhalten sollten. Dieser bereits Ende Juli 1922 gefasste Beschluß ist inzwischen durchgeführt worden. Die Kessels haben die besonderen Sparbeamten ernannt, und diese sind bereits mehrmals unter dem Vorzuß des als Sparkommissar beim Ministerium des Innern im Nebenamt tätigen Amtshauptmanns Dr. Richter zu gemeinschaftlichen Besprechungen zusammengetreten. Man hat also in Sachsen bereits seit Monaten eine Einrichtung geschaffen, die innerhalb der Reichsverwaltung erst kürzlich in ähnlicher Weise in Angriff genommen worden ist. Jeder mit dem Wesen und den Ausgaben der Staatsverwaltung eingetragenen Vertraute wird von den Sparkommissaren nicht ohne weiteres in die Augen springende Erfahrungen erwarten, solange sich die Aufgaben, die die Verwaltung zu lösen hat, nicht nach dem Willen des Ge-

lehrgebärs verhindern oder wenigstens nicht vermehrten. Kann aber festgestellt werden, daß bei der formellen Erledigung der Geschäfte hinsichtlich der Zuständigkeit der einzelnen Dienststellen und ihres gegenwärtigen Geschäftsbetriebs schon eine Menge nicht unverantwortlicher Veremischungen durchgeführt und daß dadurch, wie durch eine umfassende Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte, trotz erheblicher Steigerung des Aufgabenteiles der Vermaltung manche Erfolgszustand erzielt und die Verminderung der Beamtenzahl auf ein verhältnismäßig geringes Maß beschränkt worden ist.

berhaupt worden ist.

— Der Nachtrag IV zum Deutschen Eisenbahn-Verkehrs- und -Gepäcktarif Teil I tritt am 1. Januar 1923 in Kraft. Neben die wesentlichen Änderungen in den Bestimmungen und Gebühren ist folgendes zu bemerken: Die Fahrtpreisermäßigung für Schulaherten wird mit der für Studierende akademischer Anstalten gleich gestellt. Für Schulaherten wird die Ermäßigung nunmehr auch für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken (z. B. zum Besuch von Theater- und Kulturspielstätten) sowie an Sonn- und Festtagen gewährt. Anträge auf Sonntagsfahrkarten brauchen künftig nicht mehr der Reichsbahndirektion vorgelegt werden (ausgenommen außerdeutsche Anstalten). — Die Vorausbestellgebühren für Vorausbestellung von Abteilen oder einzelnen Plätzen betragen künftig für die 1. Klasse 200 M., für die 2. Klasse 100 M. und für die 3. Klasse 50 M. Die Bahnsteiglagerkosten in Zukunft 20 M. Militärische Wiedehunderüder mit ihren Diensthunden werden künftig auch im Dienstabteil oder im Gepäck- oder Güterwagen zugelassen. — Der Preis der Fahrradkarten ist auf 80 M. erhöht worden. — Das Lagergeld für Gepäck- und Gepäckgut beträgt künftig je 60 M. — Die Aufbewahrungsgebühr für Handgepäck wird von 24 M. auf 30 M. für Kraftfahrer von 60 auf 120 M. und die Fäthsumme von 500 M. auf 3000 M. erhöht. — Weitere Auskunft über den Nachtrag

— Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Das Wirtschaftsministerium veröfentlicht unter dem 22. Dezember 1922 im Sächsischen Gesetzblatte Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Errichtung einer Landesstelle für Gemeinwirtschaft vom 22. November 1919. Danach hat die Landesstelle für Gemeinwirtschaft im Rahmen jener Verordnung a. die planmäßige Regelung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage für solche Wirtschaftsgebiete vorzubereiten, die nach ihrer Wesensart für die gemeinschaftliche Regelung bestimmt sind und deren Bedürfnisse. Zweck der gemeinwirtschaftlichen Regelung soll insbesondere sein, eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit zu erreichen, die Versorgung besser und gleichmäßiger mit dem notwendigen Lebensbedarf, nämlich mit Wasser und Elektrizität, Kohlen und Gas, Lebensmitteln und Kleidung, Wohnung und Verkehrsseinrichtungen zu versorgen, zur kulturellen und sozialen Erhebung des Volkes beizutragen; b. das Genossenschaftswesen in allen seinen Teilen zu fördern; c. für die ergiebigste und schonendste Gestaltung der wirtschaftlichen Arbeit zu wirken. Ferner hat die Landesstelle des Wirtschaftsministeriums in Fragen der Gemeinwirtschaft, des Genossenschaftswesens und der Arbeitsgestaltung zu beraten und ihm hierauf bezügliche Vorschläge und Gesetzesvorschläge zu unterbreiten und zu den obigen Zwecken die erforderliche wissenschaftliche Klärung herbeizuführen, im Zusammenhang damit eine Sammlung von Vorgängen und Unterlagen anzulegen, sowie die Ergebnisse ihrer Forschung zu bearbeiten und für die Allgemeinheit zu vermerken. Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft ist dem Ministerium für Wirtschaft und Handel unterstellt.

Inhalt besteht aus einem Türelot, dem die Zeitung überliegt, anderen Beispielen und mindestens 10. höchstens 20 vom Wirtschaftsministerium ernannten ehrenamtlich tätigen Mitgliedern, die in dem Arbeitsgericht der Landesstelle sachverständig sind.

— Das soziale Landstallamt gefährdet. Die allgemeine Gesellschaftsverunsicherung hat auch die Kosten der Denkschrift im Landstallamt Moritzburg derartig dinausführen lassen, daß ein Weiterbesieben verlebt in Frage gestellt ist, wen nicht durch eine ganz wesentliche Durchsetzung der Deckelde die Einnahmen des Landstallamtes erhöht werden. Da es sich nun nicht voraussehen läßt, in welchem Maße die Tenerierung fortsetzt, hat das Landstallamt die Einführung gleitender Deckelde unter Anleitung von den Haferpreis angeregt und vorgeschlagen, das Deckelde bei Bedeckung der in das Buchregister eingetragenen Güten nach dem Preise von 1½ Rentner-Hafer zu bemessen und allmonatlich festzustellen. Bei nachgewiesener Nichtbedeckung der Stute ist die Miete statt der Hälfte des entrichteten Deckeldes vorgesehen. Der Landesfulturkret hat diesem Vorhaben trotz der bestehenden schweren Bedenken unter der Voraussetzung, daß eine weitere Erhöhung auf keinen Fall eintrete, zugestimmt, weil er eine geregelte Haftbedeckung durch Erhaltung des Landstallamtes im Interesse der Verbrauch und der einzelnen Stutendescher als unumgänglich notwendig erachtet.

— Vorfall an Bahn- und Straßenkreuzungen. Aus Anlaß eines Kraftwagenunfalls, der sich vor einiger Zeit an einer Bahn- und Straßenkreuzung ereignet hat, wird erneut darauf hingewiesen, daß im Interesse der Sicherheit des Betriebes auf Nebenstrebendämmen und des Straßenverkehrs die Führer von Dampfsäulen, Dampfschiffen, Tampibremsschaltern, Lokomotiven sowie überdaupt von allen solchen Fahrzeugen, die infolge ihrer Bauart oder ihrer Ladung ein ungewöhnliches Geräusch verursachen und dadurch dem Fahrschaffner die rechtzeitige und zweckmäßige Wahrnehmung der von Bügeln ausgebenden Gefahren- und Schildersäule erlaubern, in angemessener Entfernung von unbewachten Überquerungen der Nebenstreben haben feste Zett anzubalten und die Fahrt über den Übergang erst dann fortzuführen haben, wenn keinerlei Hinweise das Herannahen eines Auges oder einer Lokomotive ankündigen. Auwiderhandlungen werden bestraft.

— Auffallen schwach! Briefverkehr am Jahreswechsel. Im Vogt. Ans. lesen wir: Die fortwährenden Porto-Erhöhungen für Briefe und Drucksachen haben sich am Jahreswechsel besonders stark ausgewirkt. Während in früheren Jahren am Vorabend des Neujahrs, am Neujahrstage selber und auch ein und zwei Tage später noch die Postbeamten in der Flut der einlaufenden Postsendungen, vor allem aber im Neujahrskartensverkehr, bald erstickten und außer dem etatmäßigen Personal noch sonderlose Bussteller tätig sein mußten, um die Menge der Briefe und Drucksachen auszutragen, zeigte sich dieses Jahr ein ganz außergewöhnlicher Rückgang in der Verbindung von Neujahrskarten. Sowohl der Ein- als auch Ausgang war minimal und nicht viel stärker als an gewöhnlichen Tagen. Die Post hat also am ersten Tage des neuen Jahres kein "Bombengeschäft" gemacht. Das ist sicher mit auf die wiederholten Portoerhöhungen zurückzuführen, obwohl darin nur das Sintern unseres Geldwertes zum Ausdruck gekommen ist.

— Malzau. Vor einigen Tagen wurde hier am hellen Tage aus der Wohnküche einer Witfrau, die augenblicklich anderweitig im Grundstück beschäftigt war, der Regulator von der Wand gestohlen.

— Roßwöhrn. Eine hier wohnende Frau fand einen frankierten Briefumschlag, welcher einen Scheit über 575000 Mark enthielt. Derselbe wurde dem Verlierer unverzüglich wieder zugeschickt.

— Freital. Durch die am 1. Januar erfolgte Vereinigung der Gemeinde Birkigt mit der Stadt Freital zählt letztere jetzt 35 000 Einwohner. Wenn am 1. April noch die Gemeinden Burgk und Kleinauendorf in Freital eingemeindet sein werden, wird die Einwohnerzahl Freitals auf 40 000 steigen. Freital grenzt jetzt durch Birkigt an die Stadt Dresden.

— Plossen dorf. Um Brennholz für arme, alte Leute zu beschaffen, lädt die Gemeindeverwaltung des bekannten Ausflugs- und Badeortes Kreischa die prächtigen alten Eichen und Linden fällen, die den am Loschwitzerbach entlang führenden Verbindungsweg zwischen dem Sanatoriumspark und dem Bittergut säumen. Damit wird der Gemeinde und den Landesgütern ein nie wieder gutzumachender Schaden zugesetzt, der in keinem Verhältnis zu der augenblicklichen Hilfsleistung steht.

— Brandis. Eine biesige alte Witwe erhielt von ihrem in Meglo lebenden Sohn einen eingeschweißten Brief, der nach dem Schreiben eine 5 Dolarnote enthalten sollte (nach heutigem Stande ca. 36 000 Mark). Die Note war aber verschwunden und der Umschlag ließ erkennen, daß der Brief geöffnet worden war. Bei der weiten Reise wird es freilich

schwer fallen, den gemeinen Spülhunden zu ermitteln, zumal der Brief selber ohne Wertangabe war und die Post demnach nicht holtet.

— Buldern. In der Nacht zum Freitag verunglüchtete ein mit Dresdner Herren besetztes Automobil auf dem Gießberg, indem es mit solcher Wucht gegen einen Baum fuhr, daß es mit einem Auto wieder losgerissen werden mußte. Der Führer des Autos erlitt schwere Verletzungen, während zwei Passagiere mit leichteren Verwundungen davontraten.

— Kamenz. Auf der Staatsstraße zwischen Wiednitz und Berndorf wurde ein etwa 12jähriger unbekannter Knabe tot aufgefunden. Das Kind ist anscheinend von einem LKW mit Unfall überfahren worden. — Vor dem abnormen, beißende Frühlingsschlags Wetter ist bescheiden, daß im Garten eines bissigen Einwohners während der Feierzeit eine Rose aufblüht ist.

— Bergisch Gladbach. Der liegt zu Ende gegangene Bauernhochwasserzug war von etwa 20 jungen Bauern besucht, von denen einer aus Siegenburg, mehrere aus dem Nachbarort und mehrere aus Niederschelden gekommen waren. Sinn und Zweck der Bauernhochschule ist, eine neue Idee des Bauernums zu erweden, damit der Bauer seine wirtschaftliche Verantwortung für die Nation im ganzen empfindet. Am 10. Januar beginnt ein neuer Lehraus, der 4 bis 5 Wochen dauert wird.

— Neugersdorf. Vom Juge überfahren wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag von dem aus Dresden gegen 11 Uhr hier einlaufenden Schnellzug die ungefähr 17 Jahre alte Arbeitnehmerin Marie Übersbach aus Elbau. Das verunglückte Mädchen wollte auf dem bereits in Bewegung befindlichen Zug ausspringen, wobei es so unglücklich zu Hause kam, daß ihm beide Beine abgeschnitten wurden. Es wurde mittels Sanitätsautos in das Zittauer Krankenhaus gebracht, wo es inzwischen seinen Verlebungen erlegen ist.

— Waldheim. Die Gendarmerie in Niederrossau nahm den 19jährigen Schmiedegesellen Willi Wiedmann fest, der am 18. November 1922 einen Einbruchstäbchen in die Kirche von Ritterbach verlor. Er ist außerdem an mehreren schweren Diebstählen im Waldheimer Bezirk beteiligt gewesen.

— Chemnitz. Bei den Anwohnern der hiesigen Fürstenstraße macht sich eine starke Eregung darüber bemerkbar, daß die Fürstenstraße in Karl-Marx-Straße umgetauft werden soll. Dem Rat der Stadt ist deshalb eine von den meisten Anwohnern unterschriebene Einsaite zugegangen, in der gebeten wird, die Fürstenstraße nicht Karl-Marx-Straße zu benennen, sondern — wenn einmal in "Niemann-Straße" umzändern, da doch das Werk aller Bewohner dieses Viertels wohlbekannt sei und so mancher dadurch sein tägliches Brot habe.

— Buchholz. Eine Einwohnerversammlung und der Gemeinderat von Cunersdorf beschlossen, die angeregte Gemeinderat von Cunersdorf beschlossen, die angeregte Einwohnerversammlung des Ortes nach Buchholz oder Schma abzuheben.

— Bernsdorf. Mit ihrem zweijährigen Kinde, das sie sich an ihrer Brust festgehalten hatte, suchte hier die 29jährige Edesau Klara Müller den Tod im Wasser.

— Oberhau. Um der Notlage der ergiebigen Holzwarenhersteller zu entsagen, hat das Finanzministerium der staatlichen Postverwaltungen angekündigt, den Spielwarenherzeugen die erforderlichen Holzmengen im Wege des freiändigen Ankaufs, also außerhalb der Auktionen, regelmäßig zu einer Treiderei in den Holzpreisen führen, zur Verfügung zu stellen.

— Blaue. Von den Mietern der neuerrichteten Starkstromleitung Herlasgrün-Blaue sind Kupferdrähte im Wert von etwa 800 000 M. gestohlen worden.

— Leipzig. Durch sich prahlende junge Männer wurde eine große Schaufenscherde im Wert von 300 000 Mark eingedrückt.

— Leipzig. In zehn öffentlichen Protestversammlungen wandten sich am Silvesterabend die im Mieterverband organisierten und auch nicht organisierte Mieter von Leipzig gegen die Erhöhung der gesetzlichen Miete von 4200 v. H. Es wurde beschlossen, die organisierte Arbeiterschaft um Unterstützung in einem Kampf um niedrigere Mieten und weitere Kontrollrechte zu erischen und bei der Regierung wegen einer niedrigeren Vermietung der Miete vorstellig zu werden. Bis zur Erfüllung dieser Forderungen sollen keine Mieten bezahlt werden. Die W. S. B. D. Groß-Leipzig und das Gewerkschaftskartell Leipzig geben folgendes bekannt: Auf viele Anfragen teilen wir mit, daß wir zur Beziehung und Belebung der Mietstreit nicht herangezogen werden können. Es war uns also nicht möglich, unsere Aussicht darzulegen, und deshalb lehnen wir es ab, uns an der Durchführung des Streits zu beteiligen. Der Mieterverband trägt die Verantwortung für die von ihm eigenmächtig unternommene Aktion allein. Wir werden alles tun, um die Interessen der Mieter zu wahren.

— Widerstand brechen wollt! Wober hast du diesen Brief, Paul? Das hat Kurt nicht geschrieben.

— Mit einem sehenden Blick schenkt Hammel sa zu dem Bruder auf, doch Paul blieb unbewegt.

— Dieser Brief ist ein authentischer Brief des Herrn Rasmus! gab er fast, fast geschäftsmäßig zurück. Das ist eine Tatsache, an der nicht gerüttelt werden kann. Wie ich in den Welt des belasteten Dokumenten gekommen bin, ist ganz nebenständlich! Herr Rasmus unterhält seit geraumer Zeit nahe Beziehungen zu der bekannten Schauspielerin Ellen Walden vom Westendtheater. Falls es dich interessieren sollte, bin ich erfüllt, dir eine Stunde ein erdrückendes Beweismaterial für meine Behauptung heranzubringen. Ihr übrigens kannst du dich aber noch heute abend persönlich von der Richtigkeit meiner Worte überzeugen. Herr Rasmus holt Frau Walden abends von ihrem Theater ab und bringt sie nach ihrer Wohnung in der Haarstraße. Das Westendtheater liegt ja hier in unmittelbarer Nähe am Rollendorfplatz! Die Vorstellung dort dürfte in etwa einer halben Stunde zu Ende sein!

— Wenn du es wünschst, bin ich selbstverständlich gern bereit, dich sofort zum Theater zu begleiten! —

— Schon bei den leichten Worten Pauls war Lotte mit unsicherer Schritte bis zu dem großen Mitteltisch gekommen und dort schwerfällig in einen Stuhl gesunken.

— Sie war unfähig, sich noch länger auf den Stühlen zu halten.

— Der furchtbare Schlag hatte sie zu unerwartet getroffen.

— Mit bizarter Klarheit glaubte sie auf einmal den ganzen Raumbehang der Dinge bis in seine kleinsten Verknüpfungen zu durchschauen.

— Darum diese seltsame Veränderung Kurts während der letzten Wochen, über die sie schon so oft mit gehetmem Gang nachgesprochen.

— Und dann wieder war es ihr, als müsse sie sich mit dem letzten Rest ihrer Widerstandsfähigkeit dem Schicksal entgegenstemmen, unter dessen ehemalem Tritt sie sich schon bald zermalmte dahinwand.

— Sie durfte Kurt nicht verurteilen, ehe sie sich nicht selbst von der Wahrheit des gegen ihn erhobenen Beschuldigungen überzeugt hätte.

— Ich werde mit noch heute abend Gewissheit verschaffen! sagte sie. Ich danke für deine Begleitung, Paul! Ich finde den Weg zum Rollendorfplatz schon allein! Und ich muß leicht allein sein! — — —

— Rasmus. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurde neuer Oberbürgermeister Dr. Roth auf sechs Jahre wiedergewählt. Nachdem ein Vergütungsantrag der linken Seite des Hauses abgelehnt war, verliehen die sozialistischen und kommunalistischen Stadtverordneten mit ihren Fraktionssitzplätzen im Rat den Sitzungsaal, wodurch die bürgerlichen Stadtverordneten und Stadträte die Wahl vornehmen. Gänzlich 56 gültigen abgegebenen Stimmen lauteten auf Dr. Roth. Ob Dr. Roth die Wahl unter diesen Umständen annimmt, ist noch unklar. Es wurden eine Anzahl Proteste der linken Seite gegen angebliche Beschlusshilflosigkeit im Protokoll gegeben. falls Dr. Roth die Wahl annimmt, wird das Ministerium des Innern eine Entscheidung herbeiführen haben.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. Januar 1923.

### Kein Oktoberfest in diesem Jahre.

— München. 1923 würde voraussichtlich kein Oktoberfest abgehalten werden. Das Staatsministerium des Innern wird, wie erclarbar, mit einem entsprechenden Vorschlag an den Münchner Stadtrat berantreten.

### Die Tarifpolitik der Reichsverkehrsverwaltung.

— München. Die nächste Sitzung des bayerischen Landtages findet am 9. Januar statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine demokratische Interpellation über die Tarifpolitik der Reichsverkehrsverwaltung und der Abschlußbericht zu der Deckschrift über die Vereinfachung und Verbesserung der Staatsverwaltung.

### Die Partei Konferenz.

— Paris. Nach Schluss der ersten offiziellen Sitzung der Pariser Konferenz batte Polnards noch eine Unterredung mit dem Finanzminister de Valois und den französischen Sachverständigen, die bis nach 7 Uhr abends dauerte. Polnards begab sich sodann in das Café, um Millerand Mitteilung von den am Nachmittag auf der Konferenz eingeführten Projekten der englischen und italienischen Delegation zu machen.

### Das Defizit der polnischen Eisenbahn.

— Warschau. Nach dem "Brzegiad Wieczorn" wird das Defizit der polnischen Eisenbahn für 1923 auf 150 Milliarden Mark veranschlagt.

### Polnards Reparationsprogramm.

— Paris. In dem Reparationsprogramm Polnards heißt es weiter, daneben hätte Deutschland ferner die anderen Verpflichtungen (Abgeldzahlungen, Restitutionen usw.) zu erfüllen, die die Verträge und Abmachungen Deutschlands nicht verhindern und zwar unter Bedingungen, wie sie augenblicklich herrschen. Nach der Erfahrung der letzten drei Jahre sei die französische Regierung der Ansicht, daß diese Annahme unerlässlich sei. Sie glaubt, daß die Durchführung der nachfolgenden Pläne die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht vermindere und auch nicht geeignet sei, die Sanierung seiner Finanzen zu verhindern. Die Pläne werden übernommen, um die Ausführung des Moratoriumsbedingungen zu sichern, sowohl was die Neuorganisation der deutschen Finanzen betrifft als auch die befrankten, für diesen Zeitraum vorgesehenen Zahlungen, ferner um den alliierten Märkten die Fortsetzung der Ausdehnung dieser Zahlungen bei Ablauf dieses Moratoriums zu sichern, wenn Deutschland in diesem Augenblick nicht die notwendigen Maßnahmen ergreifen würde, um in normaler Weise seine Schulden abzulegen. Falls während der Zeit des Moratoriums Deutschland genügend umfangreiche Anleihen abgeschlossen habe, die zur Amortisierung des Kapitals des deutschen Schuld zur Verfügung der Reparationskommission gestellt werden, könne ins Auge gefaßt werden, der deutschen Regierung die Extragnisse der Pläne zur Verfügung zu lassen, sei es durch Moratoriumsbedingungen zu sichern, sowohl was die Steuererleichterung als auch die Belebung dieser Märkte betrifft. Die französische Regierung glaubt, daß nötige Dispositionen getroffen werden müssen, um sofort die Produktivität der Pläne, deren Erfüllung sie ins Auge gefaßt habe, anzuheben, und einen Organismus zu schaffen und funktionieren zu lassen in dem Maße, wie die Umstände es notwendig machen. Der von der französischen Regierung ausgearbeitete Plan verfügt soviel wie möglich jede militärische Belagerung zu verhindern, ausgenommen für den Fall, daß Deutschland sich nicht setzte an alle Verpflichtungen zu halten, die das Programm ihm auferlegt habe, in welchem Falle auch die Sanktionen automatisch in Kraft treten, die in dem nachfolgenden Kapitel 4 vorgesehen sind. In dieser Hinsicht übernehme die französische Regierung ihren Alliierten gegenüber die absolute Verpflichtung, sei es, um diese Sanktionen gemeinsam anzuwenden, sei es, wenn einer von ihnen allein sie zur Anwendung bringt. (Vor Redaktionsschluss lag der Schluss der Meldung noch nicht vor.)

## Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.

44. Fortsetzung.

— Du hast es selbst gewollt, daß es so kommen mußte! sagte sie atemlos. Jetzt sieh du zu, wie du dir allein weiterhilf! Ich bin auch nur ein Mensch mit dem Recht auf Glück! Warum soll ich mein Glück deinem Verbrechen opfern? Ich kann es nicht, Paul, und ich darf es nicht! Denn ich gehöre bereits einem anderen, den ich liebe, dem ich mein Wort verpfändet habe!

— Ihre Arme wankten.

— Sie hatte das Gefühl, daß sie hinstürzen, zu Boden stolzen möchte, nur, um nichts mehr von diesem grausigen Auftakt zu sehen und zu hören.

— Mit letzter Kraft wollte sie sich zur Tür retten, doch der verzweifelte Mann zwang sie wieder in ihre Fenstercke zurück.

— Ich lasse dich nicht, Lotte! rief Paul. Es ist nicht wahr, was du sagst! Es ist nur eine Aussicht, eine elende Aussicht, damit ich zugrunde gehen soll. Ich glaube dir nicht, daß du mir nicht den Namen genannt hast!

— Seine Gedanken verwirrten sich in der ungeheuren Eregung.

— Mit brutalem Grinsen kroch er seine Finger in die weichen Arme des Mädchens und schüttelte sie, daß die Sinne vergingen.

— Den Namen will ich haben, Lotte, hört du, den Namen!

— Paul!

— Vergebens summte sie sich gegen seine überlegene Kraft. Begehrlich, mit bebenden Gliedern, sahen sich die Geschwister tief in die Augen, voll heftigster Feindseligkeit und doch wieder im Gefühl ihrer beider Zusammengehörigkeit.

— Dann drang Lotte plötzlich zusammen.

— Ich mich, Paul! sagte sie mit matter Stimme. Ich werde dir den Namen nennen! Es ist Kurt Rasmus!

— Kurt Rasmus!

— Mit einem grellen Lachen trat Paul zurück; seine Hände lösten sich aus der eisernen Umklammerung.

— Kurt Rasmus, das war die Rettung.

— Er war auf einmal so ruhig geworden, daß Lotte ein neues Grauen vor dieser unheimlichen, gewitterhaften Ruhe fühlte.

— Du betrachtest also diesen Rasmus als deinen Verlobten? fragte er endlich in scharfem, zitterndem Tone.

— Diesen Rasmus? war die Antwort. Ich darf dich

wohl bitten, wenn du von meinem Brudertum sprichst, dich einer angemessenen Ausdrucksweise, die mir passend erscheint!

— Ich wähle die Ausdrucksweise, die mir passend erscheint! Und ich glaube, liebes Kind, auch du wirst dich nach dem, was ich dir mitzuteilen habe, zu meiner Ansicht von Herrn Rasmus bekehren!

— Lotte zogte die Achseln.

— Gib dir keine Mühe, meine Brautigam zu verunsichern. Er steht zu hoch, als daß ihn deine Anwürfe erreichen könnten!

— Es bedarf keiner Verunglimpfung, wo ich die Tatsachen reden lassen kann.

— Paul hatte bei diesen Worten in sein Jackett gegriffen und überreichte der Schwester einen Brief.

— „Willst du, bitte, in dies Schreiben Einsicht nehmen?“ sagte er. „Ich finde es zum mindesten eigenartlich, wenn ein Brautigam eine andere Dame mit derart

## Bermittlung.

**Nord im Ostenabwange.** Zwischen den Stationen Garde und Hannover ist im fahrenden Zug ein schweres Verbrechen verübt worden. Aus völlig unbekannter Ursache ist ein Reisender über einen anderen Reisenden her, wütete ihn und riss ihm ein langes Messer in die Brust. Der Tod trat sofort ein. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß der Mörder sein Opfer gar nicht getanzt hätte, sondern daß er die Tat lediglich vorsätzlich verübt habe, um den Winter über im Sudostklima führen zu können.

**Den eigenen Vater erschlagen.** Ein furchtbares Misstrauen, das mit dem Tode eines Menschen endete, spülte sich, wie der „Berl. Vol.-Kurz“ berichtet, im Hause Frankfurter Allee 226 in Berlin ab. Hier wohnte der 51jährige Hammermann Wilhelm Klein mit seiner Frau, einer Tochter und seinem 18 Jahren alten Sohn Hugo. Klein war beim Trunk ergeben und mit hohem Fieber geschockt. Monats nachmittags ging er um 5 Uhr aus. Esch in der Nacht kam er wieder betrunknen heim. Durch hentes Schreien von Mutter und Schwester wurde der Sohn geweckt. Er geriet in heilige Erregung und machte seinem Vater wegen der ständigen Misshandlungen Vorwürfe. Er erhielt darauf zur Antwort, daß gehe ihm gut nichts an. Wenn es ihm nicht passe, so solle er machen, daß er zum Hause hinaufkomme. Gest ließ der Sohn in seiner Erregung nach dem Klischee, holte ein Beil heraus und gab dem Vater, der sich ins Bett gelegt hatte, mehrere mächtige Schläge auf den Schädel, daß der Vater sofort tot war. Noch bevor Mutter und Schwester ihm in den Arm fallen konnten, war die grausame Tat geschehen. Gleich darauf verließ der junge Mann in Ekstase. Er wurde festgenommen und der Strafministerialpolizei zugeführt. Hier erklärte er, nicht mehr zu wissen, ob er mit der Schneide oder mit der anderen Seite des Beiles zuschlagen habe. Die Absicht, seinen Vater zu töten, habe er nicht gehabt. Er habe ihm nur einen Denkzettel geben wollen.

**Der Bahndamm durch das Wattewasser.** Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Südbrock gemeldet: Der Solti-Damm von der Insel Sylt nach dem Festlande, dessen Verberettungen seit Jahren beabsichtigt werden, wird jetzt zur Ausführung kommen. Das Stück des Dammes wird etwa elf Meter breit werden, die Höhe etwa dreieinhalfzig Meter, der Damm wird durch Anführungen der Wellen mit starken Balkinen oder Autobündeln aus Baumzweigen mit Weidenruten geschützt werden. Der eigentliche Damm wird oben mit Steinen gepflastert, und für den Bahnhof wird ein Gleis eingebaut. Auf die Dauer ist der anständige Dampferverkehr zwischen Sylt und dem Festland eine Unumgänglichkeit, da die Schiffe im Wattenmeer oft festlaufen und wiederholzt mit allen Passagieren tagelang Sturm und Unwetter ausgetragen waren. Die Fertigstellung des Dammes wird allerdings, je nach der Witterung, zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Dann aber werden die die Insel Sylt befahrenden Badefäste einen kürzeren und bequemeren Weg nach dem Festland haben.

**Grobbehauptung.** In den Übrungen wurden dieser Tage wieder heftige Erdfälle geworfen. Bis nach Rom liefen sie, waren dort aber nur von geringer Stärke. Infolge der unterbrochenen Verbindung mit den Übrungen war es bisher unmöglich, Nähersetzen über das Erbeben zu erkennen. Die Berichte aus Neuzanzo und Capricciolo melden, daß, obwohl der angekündigte Schock an Gedanken gering war, die Panik unter den Bewohnerinnen und -bewohnern des Gebietes des Erdbebens von 1915 überwunden hat, ganz ungeheuer war. Sie führt dazu, daß die Bevölkerung unüberlegt die Flucht ergreift. Im Jahre 1915 wurde bekanntlich die Stadt Neuzanzo fast vollständig vernichtet, und 10 000 Personen wurden unter den Trümmern begraben. Von 400 Soldaten, die in einer Kaserne eingeschlossen waren, entgingen seinerzeit nur vier dem schweren Tode.

**Der Klante-Prozeß.** Der Beginn der gestrigen Verhandlungen gegen Klante hat sich wiederum verzögert, da Klante, der im Gefängnis ein Lungenblut am erlitten haben soll, nicht erschienen war. Von dem Ergebnis der gestern an ihm vorgenommenen ärztlichen Untersuchung wird es abhängen, ob der Prozeß weiter geführt werden kann oder endgültig vertagt werden muss.

**Brennende Berge.** Ein gewaltiges Buschfeuer hat Kreuzbergs verwüstet und weitete Gebiete von der Höhe bis zu den blauen Bergen in Feuermeere verwandelt. Zahlreiche Siedlungen wurden zerstört trotz der übermenschlichen Anstrengungen der freiwilligen Feuerwehrbrigaden, die während der Feiertage sich dieser gefährlichen Arbeit widmeten. Eine größere Anzahl dieser Feuerwehrmänner des Feuers wurde schwer verletzt. Ein ebenso großartiges wie grausiges Schauspiel war das Brennen der waldbedeckten Berge, die buchstäblich bis zum Gipfel in Flammen standen. Die Eisenbahngleise, die sich plötzlich rings von Feuern umgaben sahen, entgingen nur mit großer Rott dem Untergang. Erst als der Wind sich drehte, konnte man den Feuersbrunst allmählich Herr werden.

## Tagesgeschichte.

### Deutsche Reich.

Im Kreis des Standeshabers des Berliner Zentralmarkthalle wird gemeldet, daß der Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler sich dem Marktstand nicht angelassen, sondern in Zusammenarbeit mit dem Berliner Magistrat beschlossen hat, in allen Stadtteilen größere Bäume einzurichten, aus denen die Mitglieder des Verbundes ausreichend Brot zur Versorgung der Bevölkerung erhalten können. Der Berliner Polizeipräsident forderte die Streitenden auf, im Laufe des gestrigen Tages den Markt wieder anzunehmen, andernfalls er gegen sie mit Handelsunterlassung vorgehen würde. Wie weiter aus Berlin gemeldet wird, daß der Streit der Berliner Markthallenhändler den Bildern aufscheide weiter umfangen genommen. Auch die Händler, die aus der Provinz Butter, Eier und Rüben nach Berlin bringen und zahlreiche kleine Händler beliefern, wollen sich der „Volks-Alm.“ aufscheide dem Streit anschließen.

**Die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.** Nach einem vom Reichsarbeitsministerium dem Reichstag ausgegangenen Gesetzentwurf über die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen soll bei Abänderungen allgemein verbindlicher Tarifverträge, die ausschließlich eine Kapplung der geldlichen Leistungen an die Teuerungsverhältnisse enthalten, von der vorherigen Bekanntmachung und der Gehung einer Einspruchfrist abgesehen werden können, wenn der Antrag von allen Vertragsparteien gestellt bzw. von keiner abgelehnt wird.

Eine angebliche besondere Sowjetmillion in Berlin. Die „Times“ brachte kürzlich einen Bericht aus Berlin über eine angebliche besondere militärische Sowjetmillion, die vor einiger Zeit in Berlin eingetroffen ist und geheimnisvolle Verhandlungen geführt, sowie Waffenläufe vorbereitet hätte. Diese Sowjetmillion gehört genau so in das Gebiet der Sowjet, wie die schon so oft und bedauerlich wiederholten Reden über militärische Übereinkünfte zwischen Deutschland und Russland. Die Namen der in dem Artikel aufgeführten Personen sind ebenso erfunden, wie die Behauptung aus der Luft geprägt ist, daß die russischen Unterhändler unter dem Deckmantel der Mitgliedschaft bei der Russischen Handelsvertretung ihre Reise nach Deutschland ermöglicht hätten.

**Justizamtskonferenz in München.** Zu der vorgestern abend erfolgten Ankunft des Reichsjustizministers Dr. Heine in München eröffnete die Telegraphen-Union von außändiger Stelle, daß während der Anwesenheit des Reichsjustizministers wichtige organisatorische Fragen aus dem Gerichts- und Justizwesen erörtert werden sollen. Dem Vernehmen nach ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auch andere deutsche Justizminister an den Besprechungen in München teilnehmen werden.

**Der Wirtschaftsstand von Ausländern in München.** Die römischen Zeitungen melden aus München, daß vorgestern auf offener Straße ein italienischer Staatsangehöriger überfallen und auf das gräßliche Mißhandeln worden sei. Dies sei bereits der vierte derartige Überfall in kurzer Zeit. Die italienischen Zeitungen beschreiben es als überaus bestremend, daß gerade in München immer wieder Überfälle auf Friedliche und noch dazu eingefesselte italienische Staatsangehörige sich ereignen. München sei die einzige deutsche Stadt, in der solche Dinge sich immer wieder ereignen.

Die Rheinlandkommission hat, wie aus Köln gemeldet wird, die Entfernung der Zeitungsanschläge angeordnet, die die Auseinandersetzung Lloyd Georges mit der französischen Abteilung wiedergeben. Dagegen werden weitere Anschläge von der Rheinlandkommission nicht gebuldet werden. Das Verbot wird damit begründet, daß unter einer tendenziösen Ueberchrift wiedergegebene Erklärungen eines gewissen Politikers der „Alliierten“ gezeigt seien, die öffentliche Ordnung zu stören.

Das gegen Kornelienkapitän Ehrehardt schwedende Verfahren soll auf Meineid und Verleitung zum Meineid ausgedehnt werden.

**Das Konsulat in Halle.** Die Landesverbände der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei sowie der Bezirksvorstand der Zentrumspartei haben in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, eine Belohnung von einer Million Mark auf die Errettung der Denkmalsläden auszusetzen.

**Der Berlin-London-Flug durchgeführt.** Der kurz vor Weihnachten beobachtete, aber wegen starker Nebel in England und über dem Kanal abgebrochene Flug Berlin-London wurde nach einem erneuten Versuch am Silvester-Tag glatt durchgeführt. Das Flugzeug der Deutschen Luft-

## Fortwährend

werden Bestellungen auf das Ritter'sche Tageblatt entgegengenommen! Man wende sich an sein zuständigstes Postamt oder an seinen Briefträger, an einen Zeitungsausträger oder an die Tageblatt-Geschäftsstelle in Bielefeld, Goethestraße 59.

**Weltkrieges führt Tizian Verpflichtungen:** er wollte sich die Macht erhalten, die er zu seinem Schaffen brauchte, und wußte deshalb Geld zusammen. „Doch er kostete zwar und betrog, daß er Bettelbriefe schrieb und später wegen des Holzhandels in Südtirol König Ferdinand anklampte und sich von der Tiroler Regierung schatzen ließ, die Finger sehen lassen muhte, alles dies spielte nach damaliger Auseinandersetzung keine allzu große Rolle, so lange der Mann den Sinn des hohen Lebens wagte.“ sagt Baldomann. Über diese Eigenart Tizians schreibt sein intimer Freund Pietro Aretino an den Herzog Cosimo nach Florenz: „Die nicht geringe Menge Geldes, in deren Besitz sich Tizian befindet, sowie seine übermäßige Begeisterung, dasdelle zu vermehren, ist der Grund, daß er, ohne sich an Verbindlichkeiten zu belasten, die er gegen Freunde hat, nur an das mit außergewöhnlicher Sorgfalt denkt, was ihm große Dinge in Aussicht stellt. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß er, nachdem er mich sehr Monate lang mit der Hoffnung hingehalten hat, jetzt von der Freigebigkeit Pauls III. angelockt nach Rom gegangen ist, ohne daß Bild Cures unbedenklich Vaters fertig zu machen.“

Um die Mittte des 16. Jahrhunderts hatte Tizian ein gewaltiges Vermögen aufzubauen, und er entschloß sich damals dazu, seiner Tochter Bavinia zu ihrer Vermählung, die er immer wieder wegen der Mängel hinausgeschoben hatte, eine wahrhaft königliche Ausstattung zu geben, nämlich 1400 Tukaten, teils in barem Gelde und teils in Juwelen. Wohl blieben die Pensionen, die ihr Karl V. und Philipp II. auf die Staatsklassen von Mantua und Neapel angewiesen hatten, oft aus, und er mußte sich dann mit einer Ladung von halbverdorbenem Reis begnügen, die ihm die spanischen Minister schließlich in Zahlung gaben. Auch von dem Privilegio des Holzschlagens in den Südtiroler Wäldern, das ihm König Ferdinand für die Bilder seiner Tochter gegeben hatte, mußte er sich jahrmäßig Abzüge gefallen lassen, weil er allzu viel für sich in Anspruch genommen. Dennoch hatte er sehr große Einkünfte, und es ist daher verwunderlich, daß er, als man ihn 1566 zur Einkommensteuer heranziehen wollte, die venezianische Regierung so lässig antwortete, daß sie

verschrei. D. 228 ist, von Berlin-Staaten kommend, nach kurzem Aufenthalt in Amsterdam auf dem Flugplatz Croosdon bei London gelandet. Die Reise wurde in etwa neun Minuten mit einem „Dornier-Komet“, einem geschlossenen leichtsitzigen Verkehrsverkehrsluftzeug, unter Führung des Piloten Rablton von der Luftreederei, unter den Schwierigkeiten Wetterverhältnissen aufscheide. An dem Flug nahmen die Direktoren Merle, Madenbahn und Wronsky von der D. L. R. sowie ein Monteur teil.

Die Sozialverhandlungen in der Berliner Metallindustrie gescheitert. Die gestern begonnenen Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie sind einer Korrespondenzmeldung zufolge gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten die Verhandlungen der Arbeitnehmer ab und erforderten, mit Rückblick auf die vorherigen Verhandlungen auf neue Voraussetzungen zu verzichten. Die Arbeitgebervertreter lehnten dieses Ansinnen unter Hinweis auf die neue Verteuерung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel ab.

**Das britisches Tuberkulose-Gesetz.** Es ist ein besonderlicher Gustank, daß Deutschland im Gegensatz zu verschiedenen anderen Ländern immer noch nicht den reichsrechtlich organisierten Ansatz gegen die vererbliche Tuberkulose, die Tuberkulose in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, aufgenommen hat. Worüber gehen die einzelnen Länder selbständig mehr oder weniger wirksam vor. In Mecklenburg fehlt bisher jede Angebotspflicht, die in ausgedehntem Maße in Bayern, Sachsen und Hamburg, bei offener Lungens- und Kehlkopftuberkulose, in Erziehung durch Unterrichtsanstalten, beim Wohnungsauswechsel und in ähnlicher Form bestand. In Preußen brachten bisher lediglich die Todesfälle gemeldet werden. Der zur Zeit als Entwurf vorliegende Neuregelungsplan sieht nun Vorrichten über Angebotspflicht, über das Zusammenarbeiten zwischen Amtsrat, beauftragenden Arzt und Fürsorgestellen und über die Schutzmaßnahmen der Desinfektion vor. Von maßgebender Bedeutung ist der § 1 des Gesetzesentwurfes, der jede ansteckende Erkrankung und jeden Todesfall an Bungen- und Achtungserthalten für angezeigt erklärt. In britischen Kreisen ist man mit dieser Fassung des Gesetzes nicht sehr einverstanden, da die Gefahr besteht, daß nur die einwandfrei ansteckenden Fälle gemeldet werden und daß dadurch die Ansteckungen zu kommen eine große Gefahr bedeutet. Dazu kommt, daß die tatsächliche Ansteckungsfähigkeit selbst häufig schwer zu bestimmen ist und auch wechselt. Eine Weiterbildung des Kreises der Meldepflichtigen würde hier eine erhebliche Augen sein. Allzu häufig wird auch das Kapitel „Kind und Tuberkulose“ gestreift, da gerade die Kinder in besonders starkem Maße als gefährdet gelten. Dazu aus Nürnberg zeigt der „Sociale Braxis“ mit Recht darauf hin, daß das Gesetz keine Einschränkung von Fürsorgestellen vorschreibt, wie sie in verschiedenen Städten, besonders zuerst in Nürnberg, zur Bekämpfung der Tuberkulose bestehen und wie sie das Gesetz in etwas unklarer Fassung zum Teil als vorhanden annimmt. Es ist zu erwarten, daß bei der Auslobung die verschiedenen von sachverständiger Seite erobten Einwände hinreichend berücksichtigt werden, und daß auf diesem Wege in dem größten deutschen Land ein Schutz geschaffen wird, das früher als Grundlage für die einheitliche Regelung der Tuberkulosebekämpfung im Reich dienen kann.

Der „Reichsangeiger“ veröffentlicht ein Gesetz zur Ernährung und Abdauerung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht, sowie eine Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes.

**Das Transbalkenkabinett der Rheinländer.** Der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Schulte, hat seine gestern an das Domkapitel gerichtete Anträge mit folgenden Worten geschlossen: „Vonst und seierlich soll es schließlich in dieser Stunde wiederholt sein, daß in unter aller Hegen lebende deutsche Geschwister: Wir, Erzbischof und Klerus von Köln, Stadt und Diözese, bestreben uns zu unverbindlicher Heimat und Bevölkerung, die keine Treulosigkeit gegen Staat und Reich kennt, die deutsch sein und deutsch bleiben wird, mag kommen, was da will.“ Die Gemeinden aller Rödungen des Regierungsbüros Koblenz haben Kundgebungen verantworzt, in denen sie den schärfsten Einspruch gegen jede sonderbündlerische Bestrebung und gegen jede französische Sonderpolitik erheben. Ferner sind die Demokraten der Rheinprovinz, der Rheinpfalz, Rheinhessen und Nassau in Königswinter zusammengetreten, um das Kreubekenntnis der befreiten Gebiete zum deutschen Vaterland zu erneuern. In den Entschließungen heißt es: „Wir rufen das Gewissen der Demokraten aller Völker auf, mit uns zusammen zu kämpfen gegen Unrecht, Hass und Gewalt.“ Beim vorgestrigen Neujahrsempfang im badischen Staatsministerium gab Staatspräsident Bremke am Schlus einer längeren Ansprache ein begeistertes Kreisgrußes Sobald zum Reiche ab.

**Streik im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe.** Nachdem der Allgemeine Niederländische Typographenbund die von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen abgelehnt hatte, beschlossen diese, dem Betrieb zu kündigen. In etwa 25 Städten und Ortschaften Hollands sind Streiks ausgebrochen. Eine Anzahl Zeitungen kann nicht erscheinen. Die Zeitungen in Amsterdam und Rotterdam werden jedoch erscheinen.

gab an, daß er jährlich etwa 110 Tukaten verdiente, die er aus verschiedenen Quellen erhält, und bei jedem Posten mache er beträchtliche Abzüge. Sein Wohnhaus in Coburg trage ihm zweitentlich ein; höchstens etwas mehr von der angrenzenden Wiese; von der Wiese von 25 Tukaten für die zwei Edelmetalle in Anspruch müsse man die Rollen für die Embalzung des Blasiusflusses absessen; sein Haus der Sennwolle sei mit einer Hypothek belastet und bringe ihm jährlich nur etwas Weizen ein; für sein Wohnhaus Conegliano müsse er 5 Tuc. Grundrente zahlen. Das Erbteile, all die vielen Käder, Bieken und Sandhäuser drücken ihm nur 110 Tukaten, und an Käder zahlte er in Bredenbach allein 62 Tukaten; da er es schwer, sich und seine Familie durchzubringen. Da er aus seinem Dienstbetrieb regelmäßige Einkünfte bezog, daß er Pensionen von Kaiser und Königen batte, daß er einen Soldaten viel verdiente — all dies vergab er anzugeben, und ebensoviel sagt er in dieser eigenartigen Steuerausschüttung, daß er nebenbei auch ein sehr fleißiger und hochgezahlter Maler sei.

## Kunst und Wissenschaft.

**Neuheiten in der Dresdenner Staatsoper.** Am 20. Januar geht Mozarts „Jugendwerk“ „Die Göttner aus Liebe“ in der Bearbeitung von G. und L. Berger (Leipzig, Breitkopf und Härtel) unter Kapellmeister Auguste Böckelberg erstmals in Siena. Mit der Sololeitung ist Dr. Stöckmann betraut, der vorausichtlich wieder scheinbar in den Verband der Staatsoper tritt. Anfang Februar folgt Johann Boris Godounoff von Muñozgráy unter Leitung des Generalmusikdirektors Fritz Busch.

**Vom Plauener Stadttheater.** Die Stadtvorordneten in Plauen i. V. haben nach längerer Diskussion einstimmig beschlossen, das Stadttheater und die Stadtkapelle auch für die Winterspielzeit 1923/24 weiterzuführen und für den Sommer 1923 die Kurmusik in Bad Elster wieder zu übernehmen. Bis Ablauf der laufenden Spielzeit im Juni d. J. wird im Betriebe des Stadttheaters mit einem Höchstbetrag von 7% Mill. M. zu rechnen sein.

### England.

**Die mangelhafte Unterstützung der Arbeitslosen.** Die Sitzung des britischen Gewerkschaftskongresses veröffentlichte eine Erklärung über die Arbeitslosigkeit, in der gegen die mangelhafte Unterstützung der Arbeitslosen durch die Regierung Verwahrung eingelegt und ein Aufruf an die englische Bevölkerung gerichtet wird, sich an den am 7. Januar von den Arbeitern veranstalteten Kundgebungen zu beteiligen.

**Ein amerikanischer Dampfer angehalten.** Ein britischer Schöpfer hat innerhalb der Dreimillenzone auf Befehl der sibirischen Regierung einen amerikanischen Dampfer angehalten und in den Hafen Questown eingezogen. Das amerikanische Schiff soll Wasser und Munition für die Russlandseiten an Bord gehabt haben.

### Ungarn.

**Die Pläne der faschisten.** Aus Budapest wird gemeldet: Der Führer der ungarischen Faschisten, der gewisse Ministerpräsident Stefan Friedl, der auf der konstituierenden Sitzung der ungarischen Faschistengruppe das Schlagwort von der Wiederherstellung der Unie Bagdad-Hamburg ausgab, reiste am 20. Januar nach Rom und von dort nach Konstantinopel, bzw. nach Angora. Er reiste mit sechs bis acht Begleitern, die in den türkischen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten bewandert sind. Sein Aufenthalt dürfte ein längeres sein. Jedenfalls dürfte er sich auf ein halbes Jahr ausdehnen. In Verbindung mit seiner italienischen Reise macht gestern Stefan Friedl beim Budapester italienischen Gesandten einen längeren Besuch.

### Nußland.

**Kongress der Sowjetrepubliken.** Am 30. Dezember wurde in Moskau der erste Kongress der Vereinigten Sozialistischen Sowjetrepubliken eröffnet. Smidowitsch, das älteste Mitglied des Allrussischen Zentralregierungskomitees, führte in seiner Begrüßungsrede aus: Der Kongress ist der Ausdruck des einmütigen Willens aller Werktagen Russlands, eine innigere Vereinigung herzustellen. Der Vertrag, der vom Kongress genehmigt werden soll, stellt die vollkommene Gleichberechtigung aller sich vereinigenden Sowjetrepubliken fest und gibt jeder Republik das Recht, aus eigenem Entschluß zu beliebter Zeit aus der Vereinigung auszutreten. Es wurde sodann ein 25 gliedriges Präsidium gewählt mit Kalinin als Vorsitzenden und Lenin als Ehrenpräsidenten. Nach einem Vortrage Stalins, des Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, wurde der Vertrag angenommen, der die Vereinigung aller sozialistischen Sowjetrepubliken verwirklicht. Je 25 000 Einwohner entsenden einen Delegierten zu dem vereinigten Kongress. Ein aus 371 Mitgliedern bestehendes Vereinigtes Zentralregierungskomitee wird im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der Einzelrepubliken gewählt werden. Jährlich sollen drei ordentliche Sitzungen und dem Bedarf entsprechend auch außerordentliche abgehalten werden. Das Wollungsorgan des Zentralkomitees ist der Sovnarkom (Plat der Volkskommissare). Der Kongress nahm sodann die Wahl der 371 Mitglieder des Zentralregierungskomitees vor. Es werden danach aus der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik 270, aus der Ukraine 68, aus der Transkaukasischen Föderation 26 und aus Weißrußland 7 Vertreter in das Komitee entsandt werden.

**Die Bekämpfung der Prostitution.** Das Volkskommissariat für öffentliches Gesundheitswesen hat einen

Zentralrat zur Bekämpfung der Prostitution gebildet. Zu allen Gouvernementen werden zu diesem Zweck Räte gebildet werden. Der Kampf wird durch Vorbeugungsmaßnahmen, Belohnung von Arbeit für die arbeitslosen Frauen und durch Einschreiten gegen die Vermittler der Prostitution geführt.

**Rückgabe von Privathäusern an frühere Besitzer.** Im Moskauer Sowjet wurde eine Kommission gebildet, die die Frage der Rückgabe der in Gemeindeeigentum übergegangenen Privathäuser behandeln soll. Am den nächsten Tagen wird eine Liste solcher, den früheren Besitzern zurückzugebender Häuser veröffentlicht werden.

### Vollswirtschaftliches.

**Geldentwertung und Vertragserfüllung.** Die durchbare Auswirkung der fortlaufenden Geldentwertung äußert sich u. a. auch in zahllosen Preis- und Lieferungsstreitigkeiten, die unter Wirtschafts- und Geschäftsbüroleute übermäßig belasten. Ein leichter Teil sind die Streitigkeiten in gerader Beziehung der Weise, besonders im Handwerk, angewachsen und hemmen den Fortgang der Produktion. Juristisch führen sind die Streitfälle vornehmlich auf die beispiellose Geldentwertung seit Mitte dieses Jahres. Es handelt sich hier um die Frage, ob die vor und während dieser Zeit übernommenen Aufträge, z. B. auf Lieferung von Möbeln, Unterhaltung von Meldungsstücken usw., noch zu dem alten Preis ausgeführt werden müssen oder zu einem angemessenen Tagepreis. Letzter muß festgestellt werden, daß die Kunden häufig noch auf dem damaligen Preis bestehen, wenn auch die Lieferung erst heute erfolgt. Diese Kunden verschließen sich damit in engbeziger Weise der wirtschaftlichen Entwicklung und wollen die ganze Last der unvorhersehbaren Geldentwertung auf den Hersteller ab. Villigerweise sollte jeder Kunde die während der Arbeitsausführung eintretenden Vorbereitungen erleben und auch einen angemessenen Aufschlag für Materialverbrauchungen geben, soweit nicht bei Verteilung eine Vorauszahlung in Höhe des einkaufsauflaufenden Materials gegeben ist. Daher die Geldentwertung Rechnung trägt, zeigen die vielen Streitfälle, die zur gerichtlichen Auskündigung kommen. Es ist anzunehmen, daß die Rechtsprechung auch hier der unvorhersehbaren Geldentwertung und den unabsehbaren Bedürfnissen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen wird.

**Über die Tabakindustrie.** berichtet das Reichsarbeitsblatt: Die Aktie im Tabakgewerbe nimmt größeren Umfang an. Ablaufstockung momentan in der Zigaretten- und Zigarrenindustrie ist so groß, daß immer zahlreitere Unternehmen ihren Betrieb einzudrehen oder stilllegen und die Zahl der entlassenen Tabakarbeiter sehr stark zunimmt. Neuerdings zum Beispiel sind von einer großen ostpreußischen Zigarettenfabrik 1800 Personen entlassen, weitere 800 Entlassungen stehen bevor. Uebliche Meldungen kommen von allen Seiten. Ursache: hohe Zoll- und Steuerbelastungen, ungeheure Preise für Rohstoffe, große Gewaltzinsen, Eddine, Frachten und Porti, vor allem aber Einfuhr- und Holländerwaren im Auslande, die vielfach aus Ansatz der seinerzeitigen deutschen Einfuhrsparte für Rohstoffe erzielt, nach Wegfall der deutschen Einfuhrsparte aber nicht defektig wurden. Verdächtig, möglicherweise gut arbeitet die Zigarettenindustrie nur in einigen Gegenden (Bremen, Oberholstein), soweit noch eingemahnen.

Meldungen vorliegen, vor allem auch seitens des Auslands. Solche werden aber überall der Geschäftsausweitung und die Meldungen als ideale Basisnetz für Anfang des Jahres liefern zahlreiche Entwicklungen bevor.

**Die Meldereihe des Stahlbundes bleibt unverändert.** Mit Rücksicht auf die gegenwärtig unübersichtlichen Verhältnisse hat der gemeinschaftliche Melderausblatt des Deutschen Stahlbundes in seiner letzten Sitzung von einer Neuordnung der Stahlbundrichtpreise ab und vertrat die bis zur nächsten Sitzung am 9. Januar. Die seit dem 20. Dezember geltenden Richtpreise bleiben daher bis einschließlich 9. Januar weiter bestehen.

**Verlösung der Deutschen Spar-Währungsanleihe.** Wer am 2. Januar erfolgt Verlösung der Deutschen Spar-Währungsanleihe sind folgende höhere Gewinne in den Gruppen wie folgt gegeben worden: 4 Gewinne von 1 Million Mark Gruppe 1824 Nummer 185; 4 Gewinne von 500 000 Mark Gruppe 1114 Nummer 174; 4 Gewinne von 300 000 Mark Gruppe 1254 Nummer 18; 4 Gewinne von 200 000 Mark Gruppe 18 Nummer 146; 8 Gewinne von 150 000 Mark Gruppe 1785 Nummer 150; Gruppe 831 Nummer 881; 16 Gewinne von 100 000 Mark Gruppe 496 Nummer 15, Gruppe 876 Nummer 375, Gruppe 1801 Nummer 172, Gruppe 811 Nummer 55.

**Die Beziehungen auf Goldobligationen in Österreich.** Aus Wien wird gemeldet: Gegenüber den Bekämpfungen über eine neuere Finanzbeschaffung der Roten Preise wird von maßgebender Seite mitgeteilt, daß derartige Bekämpfungen vollständig falsch sind. Die Beziehungen auf Goldobligationen nebst einen guten Fortgang. Das vom Finanzminister festgestellte Bisheriges Bezeichnungsgebot von 200 Milliarden stellt, wie die "Reichspost" erläutert, nur die Summe der bisherigen privaten Beziehungen dar, in der die Banknoten nicht enthalten sind.

### Marktberichte.

**Landwirtschaftliche Warenbörsen zu Großenhain.** Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 30. Dezember 1922: Weizen 14 500—14 800, Roggen 18 000 bis 13 500, Hafer 12 000—12 800, Sommergerste 12 000 bis 12 500, Mais 17 500, Maischrot 18 500, Ale 8200 bis 8500, Roggen-, Weizen- und Haferstroh, Haferstroh, Ale kein Angebot. Die Preise verstecken sich für den Rentner in Mengen unter 5000 Kilogramm.

**Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörsen pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 15100—15400, pommerscher 14800—15000, Bohnenpfeffer, Roggen, märkischer 14000—14200, pommerscher 13800 bis 14000, Kreisbrot, Sommergerste, märkische 12500 bis 13500, Stiel, Hafer, märkischer 18200—18500, pommerscher 12600—12200. Behauptet. Mais, loke, Berlin 15800 bis 15750, Wagen frei Hamburg 15000—15100, Rübs. Weizenmehl pro 100 kg 42000—47000. Frische Marken über Notiz bezahlt. Gut behauptet. Roggenmehl pro 100 kg 39000—43000. Gut behauptet. Weizenmehl 8800 bis 8500, Roggenmehl 8600—8800, Get. Haus 26000 bis 27000, Get. Erdbe. Victoria 28000—30000, kleine Speiserohren 25000—28000, Buttererben 15000—16000, Butterfett 19000—20000, Bienen 25000—28000, Lupinen, blaue 15000—16000, Lupinen, gelbe 20000—21500, Servadella 34000—38000, Blanschken 10500—10700, Trockenknödel 6300—6400, Kartoffelkäse 30,70 4000—4200.**

### Nationalkasse

kaufst  
Abel & Söhne, Leipzig  
Windmühlstr. 50.

### Zigaretten

Bandr. 10 Mr. 7800  
15 " 12500  
20 " 15500  
25 " 18000  
per 1000 fortw. m. Goldmundstück, alles gelöst Tabak, liefert

**M. Glaser, Leipzig**  
Zigaretten-Großhandlung  
Katharinenstr. 17. Tel. 2393.

### Möbel

neue und gebrauchte  
preisw. zu verkaufen  
**Oskar Wieße**  
Riesa, Brückstraße 4

### Herren- Bursch.- Kinder- Anzüge

Schlüpfer, Hosen  
Wolle und Zwirn  
billig zu verkaufen.

**M. Reichelt** Nr. 7.  
Dasselbe findet auch 1 Platz  
Waffenschloß 2 verkaufen.

**Brillettausgabe**  
im Hofe Donnerstag, den  
4. Januar, vorm. 1/2 bis  
11 Uhr Mr. 1—500, nach-  
mittags 1/2—5 Uhr Mr.  
501—950.

**Richard Seifert,**  
Große.

**Morgen  
frische Seeßische**  
Clement Bürger.

Die heutige Nr. umfaßt  
6 Seiten.

### Ihr Kinder, bittet Eure Mutti,

Sie möchte Euch den Schopf täglich mit Jabol behandeln, damit auch Ihr recht schönes, seidenweiches Haar erhalten. Dazu schüttet Jabol Euch vor den hässlichen Kopfschuppen und Schlämmen, unter denen Eure Spielkameraden so oft zu leiden haben. Und sagt Mutti, sie kann Jabol in jeder Drogerie, bei jedem Friseur kaufen.

### Vereinsnachrichten

**Niege „Frisch“**, Sonnabend, 6. Januar, Hauptversammlung. Fechten wird bestraft. Artillerie, Pioniere und Train. Nächste Versammlung Donnerstag, 11. Jan., 8 Uhr Kronprinzendorf. Handarbeitsverein Riesa und Umgegend. 6. Jahresversammlung Dienstag, 9. Jan. 1923, nachm. 8 Uhr in Café Möbius. Jahresbericht, Rosenbericht. Dan. Monatsverein. Deutscher Beamtenbund, Ortsteil Riesa. Montag, 8. Jan., 7½ Uhr in der Elbterrasse. Bundessekretär Gründer-Berlin spricht über aktuelle Beamtenfragen. Alle Kollegen kommen!

**Maskengarderobe - Verleihgeschäft**  
Bilhelmsstraße 4, 1. — Telefon 483  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager  
schönster Maskenkostüm. Bei rechtzeitiger Bestellung Anfertigung  
neuer Kostümstücke nach Wünschen.

Für die vielen zu unserer Verlobung beigebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir, zugleich im Namen unserer Eltern, allen unsern herzlichsten Dank.

Gröba/Riesa, 8. 1. 1923.  
Herr Rudolf, Emil Wedewitz.

Für die vielen zu unserer Verlobung beigebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir, zugleich im Namen unserer Eltern, allen unsern herzlichsten Dank.

Gröba/Riesa, 8. 1. 1923.  
Herr Rudolf, Emil Wedewitz.

Anny Schubert  
Ingenieur A. Birger Carlsson  
grüssen als Verlobte

Riesa a. d. Elbe  
Pordersam (Tschecho-Slowakei)  
Silvester 1922.

**Schlaftelle v. Herrn sof.**  
gesucht. Bett u. Bettindisch  
wird mitgebracht. Off. unt.  
V A 9828 an Tagebl. Riesa.

**Möbliertes Zimmer**  
sucht gebildeter, solidar,  
junger Mann gegen gute  
Bezahlung. Offerten unt.  
U X 9828 an Tagebl. Riesa.

**Möbliertes Zimmer**  
per sofort zu mieten ge-  
sucht. Angeb. u. U S 9818  
an das Tageblatt Riesa.

**Wer ist gewillt?**  
jungem Ehemal 2 Zimmer  
als Untermiete zu geben.  
Offerten unter V B 9827  
an das Tageblatt Riesa.

**Einfamilien und verlassen,**  
suche ich mir einen treuen  
Führer u. Lebenskamerad.  
Bin Kriegerin, m. Kind,  
habe vollst. Wohnungseinrich-  
tung, Wäsche und  
eigene Wohnung. Befiere  
Herren in ges. Stellung  
wollen Off. u. Bild. und  
U T 9819 an Tagbl. Riesa.  
Einfamilien und verlassen.

**Schulmädchen**  
als Aufwartung f. 1. Tag  
bei voller Röst und gutem  
Lohn gesucht.

**Junges Mädchen,**  
15—16 J. als Aufwartung  
für den ganzen Tag  
gesucht. Bahnpostf. 3a, 3.

**Sauberes Mädchen**  
als Aufwartung f. 1. Tag  
bei voller Röst und gutem  
Lohn gesucht.

**Hausmädchen**  
zur Aufwartung gegen  
hoher Lohn sof. gesucht.  
Zu erst. im Tagebl. Riesa.

**Schulmädchen**  
zum 1. Februar gesucht.  
Zu erst. im Tagebl. Riesa.

**Kräfte. 18 Jahre. Mädchen**  
sucht sofort ob. 15. 1. Stel-  
lung in bess. Haushalt als

**Hausmädchen.**  
Werte Offerten u. U W 9828  
an das Tageblatt Riesa.

**Weiteres, erfahrene**

**Hausmädchen**

15. Jan. gesucht. Mit  
Bezeugnissen zu melden bei  
Herrn Dr. Weißauer,  
Schleschek 1, Riesa.

### Stubenmädchen.

gesucht per sofort resp.  
10. Januar

**1. Stubenmädchen,**  
welches servieren u. plät-  
zen kann, bei hohem Lohn  
und guter Röst.

**Cords,**  
Rittergut Grubnitz.  
**Eine Magd**

15—17 Jahre, sucht  
Gutsb. Celsik.

**Drucksachen aller Art**  
werden bei sauberster  
u. geschmackvoller Aus-  
führung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt - Druckerei  
Riesa, Goethestr. 59.

### Schule Stükke

für Haushalt und Laden  
mit Kochenkönnchen bei  
hoher Lohn per sof. ob. spät.

**Arthur Haumann,**  
Delikatesse, Leipzig, Langestra. 41.

Für die vielen anlässlich unserer  
Kindergeburtstag geschenkte  
Süßigkeiten sagen wir allen  
unsern herzlichsten Dank.

Riesa, 2. Januar 1923.  
Robert Göse u. Frau geb. Golde.

Für die uns zu unserer Hochzeit  
gebrachten Süßigkeiten, Geschenke u. Glückwünsche  
sagen wir — zugleich im Namen unserer Eltern, allen  
unsern herzlichsten Dank.

Althirschstein/Bahra, Januar 1923.  
Paul Hartmann u. Frau Else geb. Röhner.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke  
anlässlich unserer Hochzeit sagen wir — zu-  
gleich im Namen unserer Eltern — herz. Dank.

Althirschstein/Bahra, Januar 1923.  
Grieda Ulbricht

# Gründung der Pariser Konferenz.

## Der Aufmarsch in Paris.

Neben den Vertretern der offiziell an der Pariser Begegnung teilnehmenden „alliierten“ Staaten sind noch zwei Mächte uneingeschlossen: die USA, Deutschland, am unmittelbarsten an den Entscheidungen dieser Tage interessiert ist, während die andere, Amerika, unter dem Gewebe der internationalen Verbündtheit der wirtschaftlichen Begebenheiten heute schon nicht mehr imstande ist, den zum Unheil der Welt solange gewährten Abstand von Dingen zu halten, an deren Entwicklung sie aufs stärkste beteiligt war und deren Folgen sie heute verfügt. Staatssekretär Bergmann hat den Auftrag erhalten, Deutschlands Verteidigung, wie sie Reichsminister Euno in seiner Hamburger Rede umrissen hat, den Männern zu unterbreiten, die europäisches Soldat spielen, ohne das Charakterformat an dieser Aufgabe zu besitzen. Die Reparations- und Gesundungspläne der Regierung Euno stellen einen wohl nicht nur auskömmigen Gedankenaufwand mit dem dar, was in den anglofranzösischen Staaten als grundsätzlich erreichbarer angesehen wird. Auf dem festen Boden einer vernünftigen Beurteilung der deutschen Gesamtverpflichtung, über die Zahl selbst lädt sich naturnahmlich noch streiten, soll das Gebäude von Stundungen und Anleihen, garantiert durch deutsche Gesamtwirtschaft, aufgebaut werden, unter dessen Dach Deutschland in Ruhe und Schutz vor den Unbillen der politischen Witterung seiner wertelastenden Arbeit wieder nachzuhören kann. Gemeinsam ist den Vertretern der anglofranzösischen Macht wie dem deutschen Kanzler das Bewußtsein, daß die Reparationsfrage entpolitisiert werden muß, daß die Pariser Konferenz nur dann ihren Zweck erfüllt, wenn sie endlich der Bildung eines sachlichen Kollegiums zur Beurteilung der Reparationsfrage den Weg öffnet.

Vertreter dieser Ansammlungen innerhalb der in Paris beratenden Mächtiggruppe ist England. Die Aussichten, daß dieser Standpunkt, den nicht nur Deutschland, sondern die gesamte urteilsschädige Welt als den allein vernünftigen ansieht, sich durchsetzen wird, sind aber geringer denn je. Selbst die Hoffnung auf ein erträgliches Kompromiß, daß Deutschland nicht gerade brutal weiter in den Abgrund stößt, sind gering. Die Haltung Italiens ist, seitdem der nach innen so eindeutig klare, aber nach außen jeder Linienführung anscheinend entbehrende Kurs Mussolini gekennzeichnet, durchaus unverständlich. England selbst beginnt sich bereits wieder den Rücken dadurch frei zu machen, daß es zwar eine „rechte bestimmt Politik“ in Aussicht stellt, aber von dem ja recht „konkreten Plan“ Bonar Law absieht. Daß England eine ganz bestimmte Politik verfolgt und zwangsläufig verfolgen muss, ist nach den Ereignissen des letzten Jahres hinlänglich klar geworden. Ebenso klar ist es aber auch, daß die Handlungsfrei- und Bewegungsfreiheit Großbritanniens immer dort ihre Grenze findet, wo sich der Machtkreis Frankreichs deutlich vor ihr erhebt. Frankreich lädt nun in letzter Stunde nochmals mit aller Deutlichkeit feststellen, daß es die Stundung, deren Notwendigkeit ja nicht bestritten werden kann, zu einer Erpressung großen Stils benutzt will. Ausdeutung der Forderungen im breiten Gebiet, Kontrolle der Rohstoffe, Erhebung einer besonders hohen Kohlensteuer, durch die der für das wirtschaftliche Leben Deutschlands heute schon fast kaum mehr bezahlbare Betriebsstoff zu einem Luxusartikel gemacht werden würde, Zollgrenze auf dem linken Rheinufer, Ausuhraabgabe aus Rheinland und Ruhrgebiet, das ist die Blüterfarte des „auf die Ruhbeherrschung verzichtenden“ französischen Gläubigers.

Diese Haltung Frankreichs lädt das von Dr. Euno ausgesprochene Vertrauen nicht gerade als begründet erscheinen, daß die Völker entschlossen sind, sich auf den Boden der Weißlichkeit zu stellen. Wiederum und Habsabkönnern gegenüber ist der ehrbare Kaufmann wehrlos, besonders wenn es sich in der Rolle des Obmanns befindet. Die deutschen Botschaften sind bei weitestem Entgegenkommen vernünftig, so wie man den Begriff Vernunft angelebt der Obmannschaft Deutschlands heute aussähen muß. Aber eben weil Reichsminister Euno den Weg der Vernunft gehen will, weil er die Befestigung alter unfruchtbaren Posten fordert, weil er keine Unterschrift geben will, zu deren Einlösung er sich nicht stark genug fühlt, wird Frankreich die deutschen Pläne ablehnen und England wird heute noch nicht in der Lage sein, seine Auffassung durchzusetzen. Die Zurückweisung der deutschen Friedensgarantie durch Frankreich zeigt, wo hinaus Herr Poincaré und Herr Gob noch wollen. Das deutsche Volk wird gut daran tun, sich in aller Nüchternheit diesen Aufmarsch der Parteien in Paris zu vergegenwärtigen und mit fühlter Entschlossenheit den Ereignissen entgegenzutreten.

## Die Lausanner Konferenz.

Eine Neutermeldung aus Konstantinopel besagt: Die aus Angora vorliegenden Nachrichten idem eine starke Haltung der Angoraregierung anzusehen. Die Nationalversammlung von Angora hat eine sechsstündige geheime Sitzung abgehalten, in der die Lausanner Verhandlungen erörtert wurden. Die Haltung des Alliierten wurde dabei sehr kritisiert und eine Resolution angenommen, in der die nationale Wahr aufrechterhalten wird. Nach einem Bericht, der noch nicht bestätigt ist, ist Ismed Pascha instruiert worden, auf der unveränderten Wahrerhaltung des nationalen Paktes zu bestehen und mit den Mächten, die bereit seien würden, die Bestimmungen dieses Paktes zu unterschreiben, einen Sonderfrieden abzuschließen.

In der Unterkommission für die Minderheitenfrage in Lausanne wurde gestern das Unterrichtspersonalstatut der Minderheiten, das die Personens- und Familienrechte, Eheschließungen usw. enthält, angenommen.

### Unruhen in Mossul.

Der Konstantinopeler Berichterstatter der „Daily Mail“ berichtet, daß nach einem Telegramm aus Angora in Mossul ein Aufstand ausgebrochen sei und daß ein Flugzeug-Schuppen der britischen Luftstreitkräfte verbrannt worden sei.

Aus Europa wird die Mobilisierung von vier türkischen Jahrestassen gemeldet, der bald die Eingabe von zwei weiteren Jahrestassen folgen soll. Man bringt diese Maßnahmen mit der Mossulfrage in Zusammenhang.

### Eine neue Ernährungsministerkonferenz.

Bei der letzten Ernährungsministerkonferenz, die vor Weihnachten in dem neuen Heime des vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattfand, wurden nur die dringendsten Fragen der Brot- und Milchversorgung besprochen, dagegen die Frage des neuen landwirtschaftlichen Produktionsprogramms vorläufig zurückgestellt. Im Laufe des Januars wird nun, wie die Politisch-parlamentarischen Nachrichten erfahren, eine neue Befriedung zwischen den Vertretern des Reiches und der Länder stattfinden, um das längst geplante Produktionsprogramm für die Landwirtschaft fertigzustellen. Im Reichsernährungsministerium finden zu diesem Zwecke fortlaufende Besprechungen mit den landwirtschaftlichen Sachverständigen statt.

## Poincarés Reparationsprogramm.

Baras veröffentlicht den Wortlaut des gestern nachmittag von Poincaré eingereichten Programms. So grausam und Frankreich durch den Krieg geprägt worden sei, es werde sich nicht gleichgültig halten, was die Wiederauferstehung irgend einer von jenen Nationen anstrengt, die heute unter der allgemeinen Krise leiden. Erst gestern habe es in der österreichischen Frage eine eklatante Probe von seinem Solidaritätsgefühl abgelegt. Es sei von dem lebhaften Wunsch bestellt, in engem Einvernehmen mit den Alliierten an der Befestigung des Friedens durch Ausführung der Verträge und an dem Wiederaufbau aller Länder zu arbeiten, die durch die Ereignisse des letzten Jahres in ihrer Lebenskraft getroffen seien. Indessen könne Frankreich nicht vergessen, daß Deutschland es sei, das ihm den Krieg erklärt habe, das in zehn französischen Departements eingebrungen sei und sie planmäßig verwüstet habe. Frankreich sei des Ansicht, daß die von dem Verfaßter Vertrag angeordnete reelle Wiedergutmachung dieser Schäden ein Werk elementarer Gerechtigkeit sei. Es sei auch überzeugt, daß die Wiedergutmachung die unerlässliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der französischen Finanzen und die einzige logische Vorbereitung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas sei. In diesem Sinne unterbreite Frankreich seinen Alliierten das Arbeitsprogramm, das die französische Regierung zu begründen, im einzelnen näher darzulegen und vor der Konferenz zu entwickeln gedenkt. Es umfaßt:

1. Den Versuch, eine Lösung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden anständig zu machen.
2. Die Annahme einer bestimmten Politik hinsichtlich der Stabilisierung der Mark und der Reorganisation der deutschen Finanzen.
3. Sofortige Beschlüsse über das von Deutschland verlangte Moratorium und die Länder, deren Belastungnahme die französische Regierung, sowohl um die während des Dauers des Moratoriums noch zu leistenden Zahlungen sicherzustellen, als auch um einen späteren Vergangenheitszweck vorzubereiten, für unerlässlich erachtet.

### I. Reparationen und interalliierte Schulden.

Deutschland habe verlangt: 1. eine Herauslösung seiner Reparationsschulden, 2. die Festlegung dieser Schuld nach Maßgabe seiner einzigen Budgetüberschüsse. Die letzte Forderung sei offensichtlich unangängig; die Budgetüberschüsse Deutschlands seien ja abhängig von seiner Postkasse und seinem guten Willen. Die Führung der Vergangenheit könne nicht das mindeste Vertrauen in die Zukunft einslösen. Die französische Regierung erinnere in besonderer Rücksicht ihrer Alliierten an die unzähligen Verschulden, die Deutschland in den letzten Monaten begangen habe. Diese Verschulden könnten den Franzosen keinerlei Illusionen mehr lassen. Die französische Regierung erklärt, daß sie nicht geneigt sei, irgend eine Herauslegung ihres Anteils, der schon heute völlig ungerechtfertigt sei, an den Zahlungen zu akzeptieren, die Deutschland auf Grund des Zahlungsschutzes anständig sei. Eine Herauslegung der deutschen Schuld könnte von der französischen Regierung also nur dann in Betracht gezogen werden, wenn gewisse Alliierte eine Herauslösung oder anderweitige Regelung ihrer Forderung an Deutschland durch Abänderung des Anteilschutzes und die Gewährung einer Priorität auf den Wiederaufbau zugestanden. Die französische Regierung beschränkt sich darauf, ins Gedächtnis zu rufen, daß die interalliierten Schulden kriegsbedingt darstellen und daß ihnen nach dem Friedensvertrag die Reparationsforderungen vorzugehen müssten. Die französische Regierung könnte weder Kapital noch Binsen beschaffen, solange sie nicht durch deutsche Zahlungen für den Wiederaufbau gedeckt sei. Wenn gewisse Gläubiger Frankreichs geneigt seien, sich diesem Modus anzuschließen, wäre die französische Regierung bereit, ihnen von ihrem Anteil an den Obligationen C schon heute ein Nominalkapital in Höhe des Nominalbetrages ihrer Schuld zu übergeben. Die französische Regierung erklärt sich bereit, die Obligationen C, die sie gegebenenfalls für ihre eigenen Forderungen in Zahlung erhielt, zu annullieren, wenn dieser Modus von den europäischen Mächten insgesamt akzeptiert würde, und wenn diejenigen unter ihnen, die Gläubiger sind, gleichfalls sich entschließen, die Obligationen C, die ihnen übergeben würden, zu annullieren. Was die Zahlungsmodalitäten anlangt, so sieht die französische Regierung auf dem Standpunkt, daß es im gemeinsamen Interesse der Alliierten und Deutschlands liege, die Bezahlung dieser Schuld in einem beschränkten Zeitraum zu führen als dem zur Zeit für die Tilgung der Obligationen A und B vorgeesehenen. Die französische Regierung gesteht infolgedessen zu, daß die vorweggenommenen Zahlungen, die Deutschland leisten würde, bis zu einem noch zu bestimmenden Datum ihm zu einem der Volligkeit entsprechenden Satz diskontiert werden müssten.

Eine ausgehende Mobilisierung der deutschen Schuld könnte jedoch nicht erzielt werden, solange nicht die deutschen Finanzen in Ordnung gebracht werden unter den in den vorausgegangenen Kapiteln bezeichneten Bedingungen und unter den angeführten Kontrollen.

### II. Organisation der deutschen Finanzen.

Die französische Regierung ist der Ansicht, daß das Reorganisationsprogramm der deutschen Finanzen im wesentlichen wie folgt aufgebaut sein werde:

1. Ausarbeitung eines Stabilisierungspakets der deutschen Währung durch die deutsche Regierung, der der Reparationskommission zur Billigung zu unterbreiten sei. Dieser Plan darf keine andere Intervention auf dem Devisenmarkt enthalten, als die, die notwendig sei, um den höheren Wert der Mark aufrecht zu erhalten, deren Kurs zu Beginn der Operation festgelegt werde, bis der innere Wert der Währung aus dem äußeren konstant gehalten werden soll.
2. Sofortige Maßnahmen seien zu ergreifen, um das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen und dieses Gleichgewicht dadurch aufrecht zu erhalten, daß man großzügig in die Ausgaben die notwendigen Kredite einstellt, um Deutschland zu gestatten, seine Reparationschuld zu bezahlen.

3. Von Anbeginn der Anwendung des Stabilisierungspakets sollte die deutsche Reichsbank den Diskont für Schatzbons einkellen. Die Bedürfnisse des deutschen Reiches, die nicht provisorisch und durch die normalen Einnahmen gedeckt seien, seien durch innere Goldanleihen flüssig zu machen.

4. Zur Verstärkung der Dispositionen, die geeignet seien, die Kapitalflucht zu verhindern, diene die Theorie der ausländischer Devisen im Innlande.

Organisation der Kontrolle der vorausgegangenen Verfügung durch den Garantieausschuß unter folgenden Bedingungen:

a) Ein vollkommenes Plan von geheimerlichen und Vermögensnahmemaßnahmen sei von der deutschen Regierung

im Einverständnis mit der Republik aufzustellen. Die deutsche Regierung übernehme die Verpflichtung, sofort diesen Plan dem Reichstag zu unterbreiten und wenn nötig auch den Parlamenten der Länder, die ihn unterstützen und sich verpflichten müßten, daran nichts zu ändern ohne Einwilligung des Garantieausschusses.

b) Der Garantieausschuß werde in den Stand gelegt, die Ausführung dieses Programms zu verfolgen und so in jedem Augenblick in allen Einzelheiten den Stand der Finanzverwaltung des Reiches und der Gliedstaaten kennen zu lernen. Der Ausschuß könne zu diesem Zweck zu allen Angriffsmiträumen seine Befugnisse haben, die er für nötig hält. Er könnte jede Aussage, die er für inopportun hält, untersagen und jede Erhöhung, die er für notwendig hält, um Deutschland zu gestatten, seine Reparationslasten zu begleichen, vorschreiben. Er werde über die Reichsbank und alle anderen Organisationen, die damit beauftragt seien, in die Abänderung der deutschen Währung eingreifen, die notwendige Kontrolle ausüben, um die Ausführung des verfolgten Planes sicherzustellen, den die Republik gebilligt habe.

c) Wenn das vorliegende Programm nicht innerhalb der festgelegten Zeit von den Regierungen angenommen und wenn die vorgeschriebenen Verpflichtungen nicht durchgeführt würden oder wenn man sie nicht halte, wenn also die deutsche Regierung sich nicht unmittelbar den Aufrufungen des mit der Kontrolle beauftragten Organismus hält, dann werde diese Befehlung als eine vorläufige Verpflichtung im Sinne der §§ 17 und 18 des Anhangs II, Abschnitt 8 des Friedensvertrages von Versailles angesehen und der in Kapitel 4 vorgesehenen Sanktionsplan sofort und automatisch in Kraft treten. Die alliierten Regierungen verpflichten sich im voraus, gegenzeitig ihren Delegierten bei der Republik Antrittungen in diesem Sinne zu geben.

d) Die Schlussbestimmung von Artikel 7 des Zahlungsschutzes, derzulose das Garantieausschuß nicht ermächtigt sei, sich in die deutsche Verwaltung einzumischen, könne nach der französischen Auslösung der Durchführung der vorerwähnten Bestimmungen nicht bindend sein. Selbstverständlich bedeute die vorerwähnte Bestimmung nur, daß das Garantieausschuß nicht an die Stelle der deutschen Verwaltungswägen treten und deren Leitung übernehmen könne.

e) Die Verlegung des Sitzes des Garantieausschusses nach Berlin und die Angliederung von Vertretern der Rechtsänderer an das Komitee, sowie die auswärtigen Anleihen aufgelegt sind.

### III. Pfänder und Moratorium.

Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschland in der Lage wäre, im Benehmen mit den Großindustriellen im Jahre 1923 ausreichende Anstrengungen zu machen, um das Zahlungsschutzen auszuführen und daß auf alle Fälle das von Deutschland verlangte Moratorium nur unter der Bedingung annehmbar sei, daß es sich nicht auf sämtliche Zahlungen erstrecke, die Deutschland schuldig sei, und daß ihm als Gegenwert die Belastungnahme von Pfändern gegenwärtige.

f) Ausdehnung und Dauer des Moratoriums. Die französische Regierung sei nicht geneigt, ein längeres Moratorium als für zwei Jahre ins Auge zu fassen, sie sei sogar der Ansicht, daß dies nur dann bewilligt und aufrecht erhalten werden könne, wenn Deutschland im Einverständnis mit der Reparationskommission die unerlässliche Anstrengung mache, seine Finanzen zu reorganisieren, und wenn es die notwendigen Dispositionen für die Anleihen ergreife, die zum Teil dazu bestimmt sind, den Ausgleich seines Budgets und die Stabilisierung der Mark zu erleichtern, und der Art, um schon im Laufe des Moratoriums mit der Tilgung seiner Kapitalschuld zu beginnen. Daß die Ausdehnung des Moratoriums anläge, halte die französische Regierung für angebracht, das weiter bezahlt würden

a) die Belastungsschulden, wie sie durch das Abkommen vom 11. März 1922 festgelegt worden seien, die Ausgaben für die interalliierte Kommission in den Rheinlanden und die Ausgaben für die Militär- und Marinestaffelkommission,

b) die Verleihungen unter den nachgenannten Bedingungen,

c) weiter zu leisten wären auch die Sozialleistungen unter den im Vertrag und in den geltenden Abmachungen vorgeesehenen Bedingungen.

(Fortsetzung siehe unter: „Neueste Nachrichten und Telegramme.“)

### Der englische Reparationsplan.

Nach dem der Pariser Konferenz vorgelegten englischen Plan hätte Deutschland an die Reparationskommission neue Gutscheine in zwei Serien auszuführen: 1. eine Serie von Gutscheinen im Betrage von fünfzig Milliarden Goldmark, die sofort auszuführen wären und für den 31. Dez. 1924 im vollen Betrage zahlbar und in der Zwischenzeit mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen sind. Die Verzinsung wäre in den ersten vier Jahren zu standen und in den folgenden vier Jahren auf vier Prozent zu ermäßigen; 2. eine Serie von Gutscheinen im Betrage von neunzig Milliarden Goldmark (der Betrag für die gestundeten Binsen der ersten Serie) oder ein geringerer Betrag, den ein Schiedsgericht festlegen würde. Diese Gutscheine wären auf den 1. April 1923 auszustellen. Der volle Betrag wäre 1925 zahlbar. Die Verzinsung würde fünf Prozent pro Jahr betragen. Diese Gutscheine sollen nicht auf dem Markt gehandelt werden. Sie dienen ausschließlich als Sicherungsbehelf.

Deutschland hätte also zu zahlen:

1. In den ersten vier Jahren nichts, mit Ausnahme gewisser Naturalleistungen, für die ihm ein Kredit auf das Konto der späteren Zahlungen eingeräumt werden würde;

2. zwei Milliarden Mark jährlich in den folgenden vier Jahren;

3. zweieinhalb Milliarden jährlich in den folgenden zwei Jahren;

4. nach Ablauf dieser zehn Jahre dreieinhundert Milliarden Mark jährlich oder eine kleinere Summe, die ein unparteiisches Schiedsgericht festzulegen hätte.

In den ersten vier Jahren würden die Leistungen, die soweit wie möglich einzuschränken wären, vor allem enthalten: Kredite für Frankreich, Kredite für Italien und wenn möglich für Griechenland. Die Tilgung soll in 30 Jahren stattfinden. Wenn sich jedoch Deutschland früher der Schulden zu entledigen vermöge, wird ihm eine Vergütung bis zu acht Prozent eingeräumt.

Der neue englische Zahlungsvorplan ist an folgende Bedingungen geknüpft: 1. die Stabilisierung der Mark im Verlaufe von sechs Monaten und die Sicherstellung des Budgetgleichgewichtes in zwei Jahren; 2. die Annahme einer Finanzkontrolle, die von den Alliierten für notwendig erachtet wird; 3. im Falle eines Versäumnisses die Anerkennung von Maßnahmen, die die Alliierten in

einem einstimmigen Beschluss festlegen sollen, die in einer Beisitznahme des deutschen Kabinetts und in der Aufrechterhaltung der militärischen Belagerung im besetzten Gebiete bestehen würden.

### Der italienische Plan.

In der gestrigen Sitzung der Pariser Konferenz nahm nach Poincaré der italienische Vertreter della Torretta das Wort, um den von Mussolini ausgearbeiteten Plan mit einigen in der Zwischenzeit vorgenommenen Änderungen vorzutragen. Er sagte, daß diese Änderungen den Zweck hätten, den Plan für die Alliierten leichter annehmbar zu machen. Die Abänderungen begleiten sich vor allem auf folgende Punkte: Mit Rücksicht auf die Bedingungen für die Streidung der interalliierten Schulden verzichtet das italienische Programm auf die Herbeiführung eines Ausgleiches der interalliierten Kriegsschulden untereinander. Stattdessen wird ein Vergleich auf die Forderungen Englands an die Alliierten und auf die in den deutschen Obligationen enthaltenen Forderungen der Alliierten vorzuschlagen. Für den übrigen Teil der Obligationen, die nach dem ursprünglichen italienischen Plan zur Tilgung der alliierten Kriegsschulden an Amerika benutzt werden sollten, wird jetzt eine andere Form vorgeschlagen: Dieser Rest soll von Deutschland nur eingetrieben werden, wenn die Gläubiger der Alliierten ihrerseits Zahlung verlangen. In der Frage der inneren Anleihe, die Deutschland während des Moratoriums aufnehmen soll, verlangt Italien die Sicherstellung der Banken und der Großindustrie Deutschlands, überdies wird vorgeschlagen, daß für den Fall der Worauszahlung von Reparationsbeträgen durch Deutschland der übrig bleibende Teil der Reparationsabfuhr entsprechend verringert werden soll. Schließlich schlägt Italien in der Bündestrage Maßnahmen vor. Die eingehenden deutschen Papiermarken sollen in Goldmark umgewandelt werden.

### Die erste Sitzung in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Die erste Sitzung der Konferenz der alliierten Premierminister, die am Dienstag um 2 Uhr eröffnet wurde, war bereits um 4 Uhr zu Ende. Im Verlauf der Sitzung wurden die französischen, englischen und italienischen Pläne von Poincaré, Bonar Law und della Torretta entwickelt. Die drei Pläne sollten im Laufe des heutigen Abends veröffentlicht werden. Die nächste Sitzung der Konferenz ist an heute nachmittag 8 Uhr anberaumt, um ein gründliches Studium der verschiedenen vorgebrachten Thesen zu gestalten. Wie die Agence Havas erzählt, ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Sachverständigentagung bereits heute vormittag mit dem Studium der vorgebrachten Pläne beginnen wird.

Staatssekretär a. D. Bergmann ist gestern nachmittag vom Hause kommend in Paris eingetroffen. Für heute wird Dr. Karl Reichardt aus Hamburg in Paris erwarten. Es verlautet in Paris, daß sich die Konferenz einstimmig dahin entschieden hat, eine persönliche Teilnahme Dr. Bergmanns nicht zuzulassen, es wurde jedoch der Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, schriftliche Vorschläge der Reichsregierung einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen.

Aus Brüssel wird gemeldet: Der deutsche Gesandte Dr. Landsberg ließ den Minister des Außenrechts auf, um der belgischen Regierung mitzuteilen, daß die Deutsche Regierung einen Reparationsplan in voller Übereinstimmung mit den Vertretern von Handel, Industrie und Finanzen Deutschlands ausgearbeitet hat. Die deutsche Regierung würde bereit sein, Geldgeber alle ernsthaften Garantien zu geben, und sie erhält darum, daß Staatssekretär Dr. Bergmann ermächtigt wird, diesen Plan auf der Pariser Konferenz auseinandersetzen und zu erläutern.

Nach den in London vorliegenden Nachrichten haben die neuen deutschen Vorschläge in Washington einen günstigen Eindruck gemacht. Man knüpft die Hoffnung daran, daß Poincaré es nun nicht mehr wagen wird, sie wieder als unbilligster zu bezeichnen.

Nach dem "Messenger" hat der ursprüngliche Plan Mussolinis für die Pariser Konferenz vorgesehen, daß als Belohnung für die schnellere Zahlung eine Reduktion der Reparationssumme um fünfzig Millionen einzutreten soll. Lebzig versteht sich Italien nicht auf einen bestimmten Vorschlag, sondern verschiedene Varianten vor, um eine Einigung unter den Verbündeten zu erleichtern.

Der "Temps" berichtet: Falls die Konferenz einen für Deutschland ungünstigen Verlauf nehmen sollte, würde mit einem gewaltsamen Marktkauf zu rechnen sein, den die deutsche Wirtschaft bereits vorzubereiten scheint. Sollte England in der Frage der Weltverteilung der produktiven Pfänder nicht gemeinsame Sache mit den Franzosen machen, so würden sie allein militärische Maßnahmen ergreifen müssen.

### Marshall Tocque über die Befreiung des Ruhrgebietes.

Nach dem "Journal des Débats" hat Marshall Tocque erklärt, daß eine zu einer mehr oder weniger ausgedehnten Befreiung des Ruhrgebietes führende Operation nicht nur möglich, sondern auch leicht sei. Die wesentlichen Punkte, von denen ihre glückliche Durchführung abhänge, seien in französischen Händen, und die Belagerungsstruppen könnten bequem vorrücken. Eine einfache Befreiung würde jedoch Kosten verursachen und könnte durch die Entscheidung des militärischen Apparats eine schlecht unterrichtete und mit Hilfe geschickter Propaganda leicht aufzurendende öffentliche Meinung, der man Rechnung tragen müsse, gegen Frankreich einnehmen. Würde der Augen das Risiko lohnen? Das sei die politische und wirtschaftliche Frage, die Marshall Tocque ganz richtig aufgeworfen habe. Berücksichtigt Frankreich über das nötige Material, um das Industriegebiet industriell in Betrieb zu nehmen, falls das deutsche Personal verläge? Das sei eine erste Frage. Gehen französische Kontrollmaßnahmen voraus, um das Ruhrgebiet einzutreffen? Das sei die zweite Frage. Die Befreiung des Stahlgebietes sei keine komplizierte Aufgabe, soweit es sich um Maßnahmen der rein militärischen Durchführung handele, werde aber verwirrender, wenn man daran denke, daß nicht Krieg, sondern Frieden herrsche, und daß es sich darum handele, gerade die Wirtschaft des Friedens zu sichern.

### Die drei Punkte André Tardieu.

André Tardieu schreibt im "Echo National" zum Beginn der Pariser Konferenz: Wenn von einem Plan die Rede sein soll, so möge man doch gleich in medias res gehen. Nach Ansicht Tardieu hätte ein derartiger Plan folgende Punkte zu umfassen:

1. Ein Ultimatum, daß auf unmittelbare Zahlungsforderung in Gold mit Hilfe der deutschen Aktien im Auslande dringen müsse.

2. Eine mehr in die Tiefe als in die Breite gehende Pfandergreifung (Werten seien in dieser Beziehung von mittelmäßigem Wert) zwecks gleichzeitiger Garantierung der späteren Jahreszahlungen und der Geselligkeit Deutschlands im Hinblick auf eine Finanzreform.

3. Durchgreifende Kontrolle des deutschen Budgets, welche, wenn die beiden ersten genannten Maßnahmen vorher durchgeführt seien, wahrscheinlich den Vorsprung haben würde, überflüssig zu sein und in der Reparationskommission eine Ausgabe von den Schultern nehmen würde, der sie sich mit sehr geringem Erfolg unterzogen habe.

Wenn Poincaré, schreibt Tardieu, sagt hätte, daß ein solches Projekt die Grundlage des Vorgehens sein sollte, möge dieses sich nun kollektiv oder individuell erhalten. so

könnte der Konferenz ein besserer Verlauf vorbereitet werden. Wenn er in diesem Sinne nur handele, auch ohne es gelöst zu haben, so werde man gegenüber seinem Schweigen Nachsicht üben und ihm für die angenehme Überraschung Dank wissen.

### Die englische Presse zur Pariser Konferenz.

Aus London wird unter dem 1. Januar gemeldet: Die Blätter widmen den am 2. Januar in Paris begonnenen Erörterungen über die Reparationsfrage und das Problem der interalliierten Schulden ausführliche Betrachtungen. Es wird hervorgehoben, daß die allgemeine Grundlage der britischen Politik bereits bekannt sei und von der britischen öffentlichen Meinung gebilligt werde. Diese Politik sei in einem Plane niedergelegt, der vielleicht aus der Konferenz zur Erörterung kommen werde. Das Hauptmerkmal der britischen Politik werde, wie der Premierminister bereits mit deutlichen Worten gesagt habe, die Bereitwilligkeit Englands sein, seine Schuldner auf dem Kontinent mit Großmut zu behandeln. Diese würde, wie "Times" bemerkt, ohne Vorgang in der Geschichte sein. Voraussetzung sei aber, daß die Schuldnerstaaten einer vollständigen und endgültigen Regelung zustimmen würden. Man könne annehmen, daß diese Politik unter diesen Bedingungen auf Streichung der alliierten Schulden einzuholen werde, falls die Alliierten die deutsche Reparationssumme derartig herabsetzen, daß sie innerhalb der deutschen Zahlungsfähigkeit liege. "Times" schreibt: Dieses Angebot ist unter Bezug zu geschäftsmäßigen Abkommen. Man kann annehmen, daß der neueste britische Plan der deutschen Regierung die Stabilisierung der Währung und die Leistung der Reparationszahlungen ermöglichen wird. Er unterscheidet sich nicht wesentlich von dem umfassenden Plane, den Bradbury der Reparationskommission im Oktober vorgeschlagen hat. Deutschland muß der Inflation Einhalt tun, indem es sein Budget ausgleicht und die Währung stabilisiert. Zu diesem Ziel braucht es ein Moratorium für Zahlungen aller Art. Es würde aber nicht gerecht sein, Deutschland während des Moratoriums jede Zahlung zu erlassen. Die Binnen müßten der Summe des Kapitals während dieser Periode hinzugestellt werden. Unserer Einschätzung ist es eine wesentliche Bedingung für das Moratorium, daß eine interalliierte Kontrollkommission ernannt werde, die das Recht zu einer wirksamen Überwachung der deutschen Finanzen habe. Eine solche Kommission zur genauen Überwachung der Lage würde imstande sein, mit einer Sicherheit den Betrag festzulegen, den Deutschland von Jahr zu Jahr zahlen könnte. Die Kommission sollte ferner das Recht haben, das Moratorium aufzuheben, wenn die deutsche Regierung es unterläßt, die Empfehlungen der Kommission im Geist und nach dem Buchstaben auszuführen.

Der politische Korrespondent der "Daily Mail" berichtet aus Paris: Der französische Plan der Behandlung Deutschlands, der am Montag Bonar Law nicht amtlich unterbreitet wurde, schien dem britischen Premierminister weit bessere Hoffnungen auf eine Regelung darzubieten als alles, was bisher von französischer Seite vorgebracht worden ist. Der französische Plan sei gestern nachmittag bei einer Zusageunterschrift der britischen Delegierten, an der auch Lord Curzon teilgenommen habe, erörtert worden. Der Berichterstatter erklärt, die Wissentlich machen zu können, daß die neuen französischen Vorschläge für die Einziehung der deutschen Höhe im besetzten Gebiet und im Kriegsgebiet von Seiten Englands Unterstützung fördern. Die amtlichen Ratgeber der britischen Regierung seien überzeugt, daß die Zulassungen ein praktisches und leichtes Mittel bieten, um Geld von Deutschland zu erhalten, und daß die alliierten Kommissare beauftragt werden sollen, die Einziehung zu erzielen. Auch "Daily Express" berichtet aus Paris, daß der französische Plan von den britischen Delegationen gebrüllt worden sei und mit großer Begeisterung angesehen werde.

### Der Vorschlag Hughes' zur Reparationsfrage.

"New York Herald" meldet aus Washington, die Regierung sei völlig darauf vorbereitet gewesen, daß die Anregung des Staatssekretärs Hughes, die Reparationsfrage an einen Sachverständigenausschuß zu überweisen, falls die Pariser Konferenz schlägt, in Paris zunächst abgelehnt werden würde. Man nehme in Washington an, daß der wahre Zweck und Grund des amerikanischen Angebots, an der Regelung der Reparationsfrage mitzuwirken, mitverstanden worden sei. Aus irgend einem Grunde, den man in amtlichen amerikanischen Kreisen nicht versteht, nehme Frankreich noch wie vor dem Standpunkt ein, daß die Vereinigten Staaten Deutschland in die Karten spielen, obwohl man sich in den Vereinigten Staaten alle Mühe gebe, dem Ausland klarzumachen, daß Amerika ebensoviel daran liege, wie den Franzosen selbst, daß Frankreich rasche Bezahlung finde. Gerade deshalb trete man ja in den Vereinigten Staaten dafür ein, daß die Reparationen entschädigend herabgesetzt werden. Nachdem sich nun die amerikanische Regierung über ihren Standpunkt ausgesprochen habe, werde sie keine neuen Schritte zugunsten einer Konferenz unternehmen, bis die Ergebnisse der Pariser Verhandlungen bekannt seien.

### Ein deutscher Vorschlag an Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: Reichskanzler Cuno hat in einer Rede erklärt, daß Deutschland durch eine dritte Macht Frankreich angeboten habe, eine gegenseitige Verpflichtung zu unterzeichnen, während eines Menschenalters ohne durch eine Abstimmung der an der Rheinzone interessierten Mächte dazu ermächtigt zu sein, keinen Krieg zu führen. Frankreich habe abgelehnt. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas glaubt zu wissen, daß die dritte Macht, um die es sich handelt, Amerika gewesen sei. Es hört fort: der deutsche Botschafter in Washington hatte auch Hughes eine Anregung dieser Art überreicht. Aber da diese Anregung nicht den Charakter eines fest durchgearbeiteten Vertrages trug, so glaubte das Staatsdepartement, daß es ihn nicht nach Paris weiterleiten sollte. Frankreich sollte also auch nicht ablehnen. Es muß im übrigen daran erinnert werden, daß der Versailler Vertrag vorsieht, daß im Falle eines Streites ein vollständiges Verfahren zur friedlichen Regelung vor dem Völkerbund zu erfolgen habe. Dieses Verfahren bietet mindestens die Sicherheiten wie die von Deutschland angeregten Verpflichtungen zur Verhütung eines Angriffes.

Das "B. T." bemerkt hierzu: Diese Pariser Meldung der Agence Havas bedeutet offenbar eine vorläufige Antwort der französischen Regierung auf die Rede des Reichskanzlers Cuno. Die französische Erwidерung enthält jedoch wesentliche Unrichtigkeiten. Wenn in der Meldung gesagt wird, daß die deutsche Anregung „nicht den Charakter eines fest durchgearbeiteten Vertrages trug“, so ist das zu bemerken, daß die deutschen Anregungen in schriftlicher Form durch den deutschen Botschafter in Washington, Wiedelsdorf, der amerikanischen Regierung unterbreitet wurden und dann durch den französischen Botschafter in Washington, D. C., weitergeleitet worden sind. Die deutsche Regierung ist der Auffassung, daß ihre Vorschläge durchaus genügend, um darüber zumindest zu verhandeln. Entgegen den Behauptungen der Havas-Meldung, daß Staatsdepartement habe die Vorschläge nicht weitergeleitet, und es habe deshalb auch keine Ablehnung durch Frankreich erfolgen können, muß festgestellt werden, daß Frankreich durch Verpflichtung des dritten Platzes offiziell von den deutschen An-

regungen in Kenntnis gesetzt worden ist. Auch die Abteilung Frankreich war in jeder Beziehung offiziell. Doch schlägt Frankreich gewisse formelle vertraglich-rechtliche Verträge vor, ohne auf die deutschen Anregungen selbst einzugehen. Wenn die Havas-Meldung weiter auf den Völkerbund als der geeignete Ansatz zur Vorbeugung von Streitigkeiten unter den Völkern hinweist, so muß davon erinnert werden, daß es ja gerade die französische Regierung immer gewesen ist, die Deutschland das Recht bestimmt, sich an den Völkerbund zu wenden, weil es nicht dessen Mitglied sei. Auch aus anderen Gründen dürfte die Antrufung des Völkerbundes für Deutschland wohl kaum legitiemlich angestossen erscheinen.

Die deutsche Regierung hat diesen Schritt, der kurz nach der Londoner Konferenz erfolgt ist, insbesondere deshalb unternommen, weil sie für nicht immer auf neue die Sache von ihren angeblichen „aggressiven Absichten und militärischen Rüstungen“ nachfragen wollte. Wenn der Kanzler in seiner gestrigen Rede von einem Menschenalter gesprochen hat, währenddessen der beabsichtigte Garantievertrag gelten sollte, so hat er diesen Ausdruck nicht ohne besondere Bedeutung gebraucht. Denn ein Menschenalter währt zum mindesten dreißig Jahre. Dreißig Jahre ist aber auch tatsächlich unsere Reparationspflicht in Kraft. So bleibt also, entgegen den Behauptungen der Agence Havas, die unverrückbare Tatsache bestehen, daß Frankreich einen offiziellen Plan Deutschlands zur Bekämpfung der Weltkriegsbedrohung abgelehnt hat.

### Neue Forderungen der Entente auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens.

Die Botschafterkonferenz hat in den Schreiben vom 12. September und 18. Dezember von der Deutschen Regierung Mahnungen zur Durchführung und Sicherstellung der Regeln 8 und 9 verlangt, die zur Unterscheidung der zivilen von den militärischen Luftfahrten dienen.

Die deutsche Botschaft in Paris hat im Auftrage der Regierung der Botschafterkonferenz am 31. Dezember hierauf folgende Antwort erteilt:

Die Botschafterkonferenz hat am 14. April 1922 der Deutschen Regierung in Ergänzung der Pariser Verträge vom 28. Januar 1921 die Begriffsbestimmungen mitgeteilt, die zur Unterscheidung der zivilen von den militärischen Luftfahrt-Garantie-Komitee in Berlin als das Organ bezeichnet werden, das darüber zu wachen hat, daß Deutschland die Begriffsbestimmungen beachtet, die von den alliierten Mächten zur Unterscheidung der zivilen von der durch Artikel 108 des Versailler Vertrages verbeten militärischen Luftfahrt aufgestellt worden sind. Die Deutsche Regierung hat in ihrer Antwort vom 1. Mai 1922 den Gang dieser Note bestätigt und das Luftfahrt-Garantie-Komitee als Träger dieser ständigen Überwachung anerkannt.

Die Deutsche Regierung hat zudem zunächst die Verordnung über den Luftfahrtzeugbau vom 5. Mai 1922 erlassen, worin die Durchführung der Regeln 1 bis 7 der Begriffsbestimmungen angeordnet wurde, die die technischen Vorschriften im Sinne der Unterscheidung des zivilen vom militärischen Luftfahrt-Garantie-Komitee enthalten. Hinsichtlich der Regeln 8 und 9 stellen sich bei den Verhandlungen mit dem Luftfahrt-Garantie-Komitee über die praktische Handhabung Meinungsverschiedenheiten heraus, die es ratsam erscheinen ließen, vor weiteren Maßnahmen eine völlige Klärung herzustellen. Auf Veranlassung des Luftfahrt-Garantie-Komitees wurde dieser Versuch einer Klärung der Angelegenheit auch noch nach Eingang einer Note der Botschafterkonferenz vom 12. September fortgesetzt, worin auf Maßnahmen zur Durchführung der Regeln 8 und 9 gedrängt wurde. Nachdem jedoch das Garantie-Komitee trotz dieser Verhandlungen, die zu einer beide Teile befriedigenden Lösung zu führen scheinen, inzwischen auch seinerseits auf der sofortigen Durchführung der Regeln 8 und 9 bestanden hat und die Botschafterkonferenz in ihrer Note vom 18. Dezember auf die Angelegenheit zurückgekommen ist, wird die Deutsche Regierung nunmehr die im Entwurf nebst einer Erläuterung beigelegte Ergänzungsvorordnung erlassen.

Die Deutsche Regierung geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß die Alliierten Regierungen eine Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens, insbesondere der deutschen Luftfahrt, nicht beabsichtigen. Von Seiten der Alliierten Regierungen selbst wie auch von Seiten des Luftfahrt-Garantie-Komitees ist die Absicht einer solchen Schädigung wiederholt ausdrücklich in Abrede gestellt worden. Die Deutsche Regierung glaubt daher, bei den Alliierten Regierungen mit ihrer rechtlich und wirtschaftlich begründeten Auffassung Verständnis zu finden, daß nur solche Überwachungsmaßnahmen und Beschränkungen in Frage kommen, die nicht die Unterbindung von Produktion und Ausfuhr zur Folge haben.

Die Deutsche Regierung schlägt daher vor, daß das Luftfahrt-Garantie-Komitee ermächtigt wird, sich wegen der in Regel 9 vorgesehenen zählerischen Bestätigung der Sticks mit der zuständigen deutschen Stelle zu verständigen.

Zu den 5 Paragraphen der in der Antwort erwähnten ergänzenden Verordnung werden die in den Regeln 8 und 9 geforderten Maßnahmen (Anmeldepflicht usw.) im einzelnen festgelegt.

### Was fehlt der Henne?

Sehr oft geschieht es, daß eine Henne verdrücklich umherläuft. Hört man sie hoch und beschüttelt den Kopf, so überzeugt man sich, daß derfeilie sehr gefüllt und recht fest ist. Man gebe dem Tier unverzüglich einige Speckstückchen oder Teigt auf ein Stück Brot gestrichen, auch wohl etwas Öl auf einem Teelöffel. In den meisten Fällen wird man diese Arznei eingeben müssen, wobei man den Schnabel öffnet und sie hineingibt. Eine zweite Person muß das Tier halten. Es ist ratsam, den Kopf mehrmals leicht zu massieren, was öfters zu wiederholen ist. Man beobachte nach einigen Stunden, ob sich der Zustand gebessert, ob sich der Kopf gehebelt hat. Gittert fest man nicht hin. Am nächsten Morgen wird die Veränderung eingetreten, wiederhole man noch einige Male die Behandlung. Bleibt der Kopf unverändert hart und gefüllt, so schreite man zu einer Operation, die aber nur dann Erfolg verspricht, wenn die Henne jung und kräftig ist. Bei alten Tieren unterlässt man jede Leistung des Kopfes, die man wie folgt ausschneidet: Die Haut des Halses wird mit einem scharfen Messer aufgeschnitten, ebenso der Kopf, der Inhalt vorliebgehalten, der Kopf mit lauwarmem, mit einer kleinen Nadel und daran befindlichem Seidenfaden zugedeckt, die Haut darüber gelegt und genäht. Man sperrt das Huhn von den Gefährten ab und verabreicht nur saltes Weichfutter in kleinen Mengen bis die Wunde verheilt ist, wodurch bei gefundenen Tieren in wenigen Tagen geheilt ist. Bei einigen Vögeln ist die Operation ganz ungefährlich und hinterläßt keine blauen Folgen. Sowohl ist eine Verstopfung der inneren Organe, eine abnormale Vergroßerung des Magens und der Leber schuld an der mangelhaften Entleerung und Verdauung, in letzterem Falle nicht ein Eingreifen nötig, es bleibt keine Rettung als das Tier rechtzeitig zu schlachten, da es noch genießbar ist und einen guten Braten, eine kräftige Suppe liefert.

Grau Böttcher v. Hassen-Baden.